

## Diskussionspapier

Forschungsgruppe Rußland/GUS  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit



*Eberhard Schneider*

# Wahlgesetze und Parteien vor der russischen Staatsdumawahl

FG 5, 2003/08, November 2003

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in  
Auszügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
der SWP gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2003

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

<b>Problemstellung und Schlußfolgerungen</b>	5
<b>Neue wahlgesetzliche Regelungen</b>	7
Parteiengesetz	7
Gesetz über die Wählergarantien	8
<i>Neue Machtvertikale</i>	8
<i>Einschränkung der Medienberichterstattung</i>	9
Geändertes Referendumsgesetz	12
Staatsdumawahlgesetz	13
Zusammenfassung und Bewertung	14
<b>Parteien der Staatsduma</b>	16
Neue Parteien	16
»Einiges Rußland« (ER)	16
»Union rechter Kräfte« (URK)	25
Alte Parteien	31
»Kommunistische Partei der Russischen Föderation« (KPRF)	31
»Jabloko«	40
»Liberaldemokratische Partei Rußlands« (LDPR)	44
Bewertung	48
<b>Prognose</b>	51
<b>Anhang</b>	54
Zur Staatsdumawahl zugelassene Föderale Wahllisten	54
Abkürzungsverzeichnis	55



## Wahlgesetze und Parteien vor der russischen Staatsdumawahl

Am 7. Dezember 2003 wird in Rußland zum vierten Mal die Staatsduma gewählt, das Unterhaus des Parlaments. Diese Wahl ist auch eine Art politischer Vorlauf zur Präsidentenwahl, die am 14. März 2004 stattfinden wird. Die Staatsdumawahl gibt Aufschluß über den politischen Mobilisierungsgrad der Bevölkerung und darüber, wie mögliche Kontrahenten Putins an der Spitze ihrer Parteilisten abschneiden. Putin hat die Absicht, sich nach seiner Wiederwahl erstmals den Kandidaten für das Amt des neuen Regierungschefs von der stärksten Fraktion der neuen Staatsduma empfehlen zu lassen. So könnte er – ohne schwierige Verfassungsänderung – einen ersten Schritt in Richtung eines parlamentarischen Regierungssystems tun. Angesichts dessen ist das Abschneiden der beiden großen Parteien »Einiges Rußland« (ER) und der »Kommunistischen Partei der Russischen Föderation« (KPRF) von besonderem Interesse.

Mit den neuen Gesetzen über die Parteien und die Wählergarantien versucht Putin, die politischen Parteien generell zu stärken und die bereits in der Staatsduma vertretenen zu bevorzugen. Zugleich soll durch die Etablierung einer Vertikale der Zentralen Wahlkommission, die von Moskau bis zur letzten örtlichen Wahlkommission reicht, und einer strengeren Reglementierung der Wahlkampfberichterstattung in den Medien verhindert werden, daß der Wahlkampf und der Wahlprozeß der Kontrolle der Zentralen Wahlkommission entgleitet.

Diejenigen Parteien, die in das Parlament gewählt werden, bestimmen im Rahmen der begrenzten Kompetenzen der Staatsduma in den kommenden vier Jahren die Politik Rußlands mit. Die anderen Parteien, die den Sprung in die Staatsduma nicht schaffen, erwartet das politische und finanzielle Aus.

Die christlich-demokratischen Parteien haben nur eine Bedeutung als Mitglieder eines Wahlblocks, wie zum Beispiel die ehemalige »Russische Christlich-demokratische Partei« als eine der 16 Parteien und Bewegungen der links-nationalen »Volkspatriotischen Union Rußlands«. Die sozialdemokratischen Splitterparteien spielen politisch ebenfalls keine Rolle. Einige von ihnen schlossen sich unter Michail Gorbatschow zur »Sozialdemokratischen Partei Rußlands« zusammen, haben aber keine Aussicht, in die Staatsduma gewählt zu werden. Auch die Partei der Grünen ist politisch unbedeutend. In einem riesigen Land mit viel Platz für Umweltruinen und sehr angespannten sozio-ökonomischen Verhältnissen haben die meisten Menschen keinen Sinn für Ökologie.

Die liberalen Kräfte sind politisch gespalten in die kleine »Union rechter Kräfte« (URK) unter Boris Nemzow (27 234 Mitglieder in 83 Föderationssubjekten) und in »Jabloko« unter Grigorij Jawlinskij (62 690 Mitglieder in 74 Föderationssubjekten). Beide Parteien dürften Mühe haben, bei der

kommenden Staatsdumawahl die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, weshalb ihr Zusammenschluß sinnvoll wäre. Beide Parteien kämpfen um ein ähnliches Elektorat, wenn die URK auch stärker auf die Großindustrie orientiert ist und Jabloko auf den Mittelstand. Die URK hat Jabloko mehrmals eine Vereinigung angeboten, ist aber stets an der schwierigen Persönlichkeit Jawlinskijs gescheitert, der Jabloko auf seine Person ausgerichtet hat.

Das nationalistische Elektorat wird von der »Liberal-demokratischen Partei Rußlands« unter Wladimir Shirinowskij (35 000 Mitglieder in 87 Föderationssubjekten) bedient. Trotz ihres Namens hat sie nichts mit Liberalismus zu tun. Die Partei ist – überspitzt formuliert – zu einer Firma für den Verkauf von Mandaten, die Immunität gewähren, und von Abstimmungen geworden.

Einzig Volkspartei im westlichen Sinne ist aufgrund ihrer landesweiten Organisation die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« (KPRF) unter Gennadij Sjuganow (550 000 Mitglieder in 88 Föderationssubjekten). Sie ist politisch nicht homogen und von inneren Führungsebenen ebenso wie von politischen Richtungskämpfen belastet.

Die neue »Partei der Macht« ist »Einiges Rußland« (ER) unter Innenminister Boris Gyslow (400 000 Mitglieder in allen 89 Föderationssubjekten). ER ist keine echte Partei, sondern ein Konglomerat von opportunistischen Bürokraten, die sofort wieder auseinanderlaufen werden, wenn ER nicht mehr den Segen und die umfassende Unterstützung der Präsidialadministration genießt. Die Administration war es denn auch, die die Idee zu dieser Gründung hatte. Sie ist es, die die Partei eigentlich führt.

Wahlsieger dürfte ER oder die KPRF werden. Wenn die ER das beste Ergebnis verfehlen sollte, wäre das eine psychologisch-politische, aber keine machtpolitische Niederlage für Putin. ER kann die administrativen Ressourcen umfassend nutzen, um zusätzlich möglichst viele Direktmandate zu gewinnen. Insofern dürfte sie in der Staatsduma die größte Fraktion stellen.

In der neuen Staatsduma wird ER wohl wieder mit den ihr politisch nahestehenden Gruppen, zu denen sich direkt gewählte Abgeordnete zusammenschließen können, eine Abstimmungscoalition bilden. Putin hat folglich in der neuen Staatsduma keine oppositionelle Mehrheit zu befürchten, die ihn in seiner Außen- und Sicherheitspolitik stören oder blockieren könnte, zumal die Möglichkeiten dieser Parlamentskammer, auf die Außenpolitik einzuwirken, ohnehin begrenzt sind.

# Neue wahlgesetzliche Regelungen

## Parteiengesetz

Putin will ein System von zwei – wie in den USA – oder drei, vielleicht auch vier Parteien schaffen, die sich in der Machtausübung ablösen oder entsprechende Koalitionen bilden. In einem Radio-Interview beklagte der Präsident am 24. Dezember 2000, daß Rußland keine klaren politischen Strukturen habe, weil es keine stabilen gesamtnationalen Parteien gebe. Das neue Parteiengesetz solle dazu beitragen, daß die Parteien landesweit Einfluß bekommen.<sup>1</sup>

Dazu sollen die bereits in der Staatsduma vertretenen größeren Parteien gestärkt werden, zu denen auch »Einiges Rußland« gehört. Die rechtlichen Rahmenbedingungen soll das neue Parteiengesetz vom 11. Juli 2001 in der Fassung vom 25. Juli 2002<sup>2</sup> schaffen. Hatten bis dahin neben den Parteien auch die Wähler und die Wählervereinigungen das Recht, Kandidaten für die Direktwahlkreise zu nominieren, ist dieses Recht jetzt nur noch den Parteien vorbehalten (Art. 36 Abs. 1).

Ferner schreibt das Parteiengesetz vor, daß sich alle Parteien – auch die bereits bestehenden – beim Justizministerium (erneut) registrieren lassen müssen (Art. 15). Dafür müssen sie bestimmte Anforderungen erfüllen: Die Partei muß mindestens 10 000 Mitglieder haben, wobei in mindestens der Hälfte aller 89 Föderationssubjekte jeweils wenigstens 100 Mitglieder nachgewiesen werden müssen und in der anderen Hälfte der Föderationssubjekte mindestens 50. Damit sollen Parteien verhindert werden, die eine rein regionale Basis und Ausrichtung haben (Art. 3 Abs. 2). Parteien, die nur in einer Republik oder einem Gebiet bestanden und auf die sich bisher der jeweilige Republikspräsident oder Gouverneur stützen konnte, haben nach dem neuen Gesetz keine Chance mehr. Bis zum 14. Juli 2003 wurden beim russischen Justizministerium 51 Parteien registriert, davon 22 neue.<sup>3</sup> Für die Teilnahme an der Staatsdumawahl wurden bislang 43 Parteien registriert.<sup>4</sup>

Zum Ausgleich für die verschärften Anforderungen erstattet der Staat den Parteien – nach deutschem Vorbild – einen Teil ihrer Wahlkampfkosten. Voraussetzung für die Erstattung ist, daß die jeweilige Partei bei der Staatsdumawahl mindestens 3% der Stimmen bekommt oder daß wenigstens zwölf von der Partei aufgestellte Direktkandidaten in die Staatsduma gewählt werden. Die Parteien erhalten unter dieser Voraussetzung jährlich 0,5% des Minimallohns pro Stimme (Art. 33). Der Minimallohn beträgt seit dem 1. Januar 2003 450 Rubel, jede anspruchsberechtigte Partei erhält demnach für jede Wählerstimme 2,25 Rubel oder rund 6

1 <<http://www.president.kremlin.ru>>.

2 Text in: Rossijskaja gazeta [Russische Zeitung], 14.7.2001, 26.3.2002 und 25.7.2002.

3 Homepage der Zentralen Wahlkommission: <[www.fci.ru](http://www.fci.ru)>.

4 Strana.ru, 14.7.2003; vgl. auch Tabelle 7 im Anhang (S. 54).

Cent. Bei der Staatsdumawahl 1999 wurden die Wahlkampfkosten für einen Direktkandidaten auf 170.000 Euro geschätzt.<sup>5</sup> Nimmt man für einen Direktkandidaten eine mittlere Stimmenzahl von 100 000 an, so bekommt er vom Staat 225.000 Rubel oder 6.400 Euro pro Jahr bis zur nächsten Staatsdumawahl, in vier Jahren 25.600 Euro. Damit würden also nur 15% der Wahlkampfkosten gedeckt. Partei oder Kandidat können auch auf die staatliche Parteienfinanzierung verzichten (Art. 33). Tun sie das nicht, werden sie von der Steuerpolizei und der Steuerbehörde schärfer kontrolliert.

## Gesetz über die Wählergarantien

### Neue Machtvertikale

Das neue Gesetz über die Wählergarantien vom 12. Juni 2002<sup>6</sup> bestimmt im Unterschied zu seinem Vorgänger vom 5. September 1997<sup>7</sup> (geändert am 30. März 1999<sup>8</sup>), daß mindestens eine von der Zentralen Wahlkommission vorgeschlagene Person der 10- bis 14köpfigen Wahlkommission des Föderationssubjekts angehören muß (Art. 23 Abs. 9). Ähnliches gilt für die örtlichen Wahlkommissionen: Ihr müssen mindestens zwei Personen angehören, die von der übergeordneten Wahlkommission des Föderationssubjekts benannt worden sind (Art. 24 Abs. 9).

Der Vorsitzende der Wahlkommission des Föderationssubjekts wird auf deren erster Sitzung aus dem Kreis ihrer Mitglieder auf Vorschlag der Zentralen Wahlkommission geheim gewählt (Art. 28 Abs. 4). Man kann davon ausgehen, daß die Zentrale Wahlkommission für die Funktion des Vor-

<sup>5</sup> Galina Michaleva, Die Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems im postsowjetischen Rußland, in: Gerhard Mangott (Hg.), Zur Demokratisierung Rußlands, Bd. 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft, Baden-Baden 2002, S. 49. Die Summe von 200.000 US-Dollar (6 Mio. Rubel), die ein Kandidat nach dem neuen Wahlgesetz (§ 66 Abs. 3) für seinen Wahlkampf ausgeben darf, reicht nur, wenn er in seinem Wahlkreis über einen Fernsehkanal, eine Zeitung oder einen Betrieb verfügt. Ansonsten sind 500.000 US-Dollar nötig. Der Wert eines Abgeordnetenmandats wird auf 1,5 Mio. US-Dollar geschätzt (Pravda.ru, 10.9.2003). Für Geschäftsleute stellen diese Summen kein Problem dar, denn sie bekommen mit dem Abgeordnetenmandat direkte Lobbymöglichkeit und Immunität. Sie müssen nur kalkulieren, ob sich ihre hohe Investition in das Abgeordnetenmandat später finanziell auszahlt.

<sup>6</sup> Federal'nyj zakon ob osnovnych garantijach izbiratel'nych prav i prava na učastie v referendum graždan Rossijskoj Federacii [Föderales Gesetz über die grundlegenden Garantien der Wählerrechte und des Rechts der Bürger der Russischen Föderation auf Teilnahme an einem Referendum], Moskau 2002.

<sup>7</sup> Federal'nyj zakon ob osnovnych garantijach izbiratel'nych prav i prava na učastie v referendum graždan Rossijskoj Federacii [siehe Fn. 6], in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii [Gesetzessammlung der Russischen Föderation], 38 (1997), Pos. 38.

<sup>8</sup> Federal'nyj zakon o vnesenii izmenenij i dopolnenij v Federal'nyj zakon »Ob osnovnych garantijach izbiratel'nych prav i prava na učastie v referendum graždan Rossijskoj Federacii« [Föderales Gesetz über die Einfügung von Änderungen und Ergänzungen in das Föderale Gesetz »Über die grundlegenden Garantien der Wählerrechte und des Rechts der Bürger der Russischen Föderation auf Teilnahme an einem Referendum«], in: Rossijskaja gazeta [Russische Zeitung], 4.6.1999.



sitzenden der Wahlkommission des Föderationssubjekts jene Person vorschlagen wird, die sie als deren Mitglied benannt hat.<sup>9</sup>

Entsprechend wird bei der örtlichen Wahlkommission verfahren: Sie wählt ihren Vorsitzenden auf Vorschlag der Wahlkommission des Föderationssubjekts aus ihren Reihen (Art. 28 Abs. 5a). Auch hier ist davon auszugehen, daß die Wahlkommission des Föderationssubjekts zum Vorsitzenden der örtlichen Wahlkommission nur eines der beiden Mitglieder vorschlagen wird, die sie selbst in diese untergeordnete Wahlkommission entsandt hat.

Auf diese Weise wird eine Vertikale der Wahlkommissionsvorsitzenden geschaffen, die von der zentralen bis auf die örtliche Ebene reicht. Das soll auf der einen Seite Mißbrauch der Vorsitzendenfunktion für bestimmte regionale politische Interessen ausschließen; das Negativbeispiel bot im September 2002 die Wahl von Aleksandr Chloponin zum neuen Gouverneur der Region Krasnojarsk – die Wahl wurde von der Wahlkommission des Föderationssubjekts, die unter dem Druck des Wahlverlierers stand, des Vorsitzenden des Parlaments der Region Krasnojarsk, nicht anerkannt.<sup>10</sup> Auf der anderen Seite kann auf diese Weise der politische Wille der Zentralen Wahlkommission bis in die Kommunen hineingreifen.

Daß der politische Wille der 15 Mitglieder zählenden Zentralen Wahlkommission der des Präsidenten sein dürfte, ist nicht zuletzt deshalb anzunehmen, weil er fünf Mitglieder benennt. Unter den von der Staatsduma entsandten fünf Mitgliedern sind auch zwei Vertreter der Fraktion der »Partei der Macht« »Einheit« und der mit ihr verbündeten Fraktion »Vaterland – Ganz Rußland«. Rechnet man sie hinzu, würde das Präsidentenlager in der Zentralen Wahlkommission sieben Stimmen umfassen. Sicher findet sich in der Zentralen Wahlkommission mindestens ein Interessenvertreter aus den fünf vom Föderationsrat benannten Repräsentanten der Regionen. Mit ihm würde das Präsidentenlager dann acht Mitglieder zählen und hätte eine Mehrheit von 53,3%. Mit diesem Stimmenübergewicht könnte die Zentrale Wahlkommission alle vom Präsidenten gewünschten Beschlüsse fassen.

### **Einschränkung der Medienberichterstattung**

Die Neufassung des Garantiegesetzes schränkt auch die Berichterstattung der Medien zu Wahlkampfzeiten ein. Es verpflichtet sie, Informationen über den Wahlkampf ohne Kommentare zu liefern. Sie dürfen keine

<sup>9</sup> Wenn allerdings die Mitglieder der Wahlkommission des Föderationssubjekts in geheimer Abstimmung einen anderen als den von der Zentralen Wahlkommission vorgeschlagenen Kandidaten wählen, kann die Zentrale Wahlkommission nach Auskunft ihres Vorsitzenden Aleksandr Weschnjakow nichts dagegen unternehmen. Deshalb werde letztere sich mit den Mitgliedern der Wahlkommission des Föderationssubjekts konsultieren, um die Wahl ihres Kandidaten sicherzustellen. (Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 21.5.2003.)

<sup>10</sup> Vgl. dazu: Eberhard *Schneider*, Neue Entwicklungen in Rußlands Regionalpolitik. Die Gouverneurswahl in Krasnojarsk – ein Lehrstück?, in: Osteuropa, (2002) 12, S. 1562–1572.

Agitation betreiben, das heißt nicht erkennen lassen, daß sie den einen oder anderen Kandidaten, die eine oder andere Wählervereinigung bevorzugen (Art. 45 Abs. 5). Durch diese Auflagen wird eine echte Informations-tätigkeit der Massenmedien vor der Wahl erheblich erschwert.

Am 4. Juli 2003 trat das Gesetz über Änderungen und Ergänzungen einiger Gesetze im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes über die Wählergarantien in Kraft. In Artikel 1 dieses neuen Gesetzes wurde auf Vorschlag des ehrgeizigen Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Aleksandr Weschnjakow, Artikel 16 Absatz 1 des Pressegesetzes dahingehend geändert, daß die Zentrale Wahlkommission das Recht erhält, sich im Falle einer zweimaligen Verletzung des Wahlgesetzes durch ein Massenmedium an das zentrale oder regionale Organ zu wenden, bei dem das Massenmedium registriert ist. Das Exekutivorgan hat dann fünf Tage Zeit, die Fakten zu prüfen, und kann je nach Ergebnis der Prüfung beim zuständigen Gericht die Schließung des Massenmediums bis zum Abschluß der Stimmenabgabe fordern.<sup>11</sup>

Wie die Zentrale Wahlkommission die neuen gesetzlichen Medienbestimmungen versteht, illustriert deren Mitglied Sergej Bolschakow durch die Beschreibung folgender Situationen: »Nehmen wir an, es kommen drei Kandidaten in die Stadt N. und alle treffen sich mit ihren Anhängern an verschiedenen Punkten der Stadt. Die Medien dürfen dann nicht über *eine* Veranstaltung breit und ausführlich berichten und die beiden anderen unerwähnt lassen. Sie müssen über alle drei Veranstaltungen berichten, in gleichem Umfang und ohne Kommentare.« Eine Zeitung könne schreiben, daß ein Kandidat versprach, kostenlos Wohnungen zu verteilen. Sie dürfe aber nicht erwähnen, daß dieser Kandidat dasselbe schon bei den letzten Wahlen versprochen habe. Denn dies sei keine Meldung mehr, sondern bereits eine eigene Analyse, die in einer Nachricht fehl am Platze sei.<sup>12</sup>

In der letzten Septemberwoche reichten 96 Abgeordnete der Staatsduma unter Führung von URK eine Anfrage beim Verfassungsgericht ein, um prüfen zu lassen, ob die Einschränkung der Medientätigkeit während des Wahlkampfes rechtens sei. Der URK-Vorsitzende Boris Nemzow bezeichnete diese Manipulation als Zensur, von der im Wahlkampf lediglich ER profitiere. Der Stellvertretende Vorsitzende der URK-Fraktion, Boris Nadeshdin, fügte hinzu, daß es sich praktisch um eine ständige Zensur handele, da in Rußland nahezu permanent Wahlen stattfinden, wenn auch nicht landesweite, so doch regionale oder lokale, wenn nicht in gesetzgebende Organe,

<sup>11</sup> Federal'nyj zakon o vnesenii izmenenij i dopolnenij v nekotorye zakonodat'nye akty Rossijskoj Federacii v svjazi s prinjatijem federal'nogo zakona »Obosnovnych garantijach izbiratel'nych prav i prava na učastie v referendum graždan Rossijskoj Federacii« [Föderales Gesetz über die Einfügung von Änderungen und Ergänzungen in einige gesetzgeberische Akte der Russischen Föderation in Verbindung mit der Annahme des Föderalen Gesetzes »Über die grundlegenden Garantien der Wählerrechte und des Rechts der Bürger der Russischen Föderation auf Teilnahme an einem Referendum«], <<http://www.duma.ru>>.

<sup>12</sup> Interfax, russ., 1.9.2003.

dann in exekutive.<sup>13</sup> Wie das Beispiel der politischen Parteinahme Putins zugunsten der Kremlkandidatin bei der jüngsten Gouverneurswahl in St. Petersburg bzw. zugunsten von ER auf dem III. ER-Parteitag zeigt (siehe unten, S. 24), werden die strengen Gesetze je nach Laune angewandt. Da die Mehrheit der Abgeordneten die Anfrage beim Verfassungsgericht nicht unterstützt hat, wird sich das Gericht mit der Antwort bis nach den Wahlen Zeit lassen.

Die ersten konkreten Auswirkungen des Gesetzes zeigten sich Anfang Oktober. So verwarnte die regionale Wahlkommission im Gebiet Kaliningrad 16 Mal regionale Massenmedien, weil sie – nach Meinung der Stellvertretenden Gouverneurin Natalija Lasarewa – von »schmutzigen Technologien« Gebrauch gemacht hätten. Die betroffenen Journalisten reichten unverzüglich Klage beim Verfassungsgericht ein, da sie die neuen gesetzlichen Bestimmungen als verfassungswidrig ansahen. Am 30. Oktober erklärte das Verfassungsgericht in seinem Urteil Artikel 48 Punkt 2 für verfassungswidrig und definierte den Begriff »Agitation« enger. »Agitation« ist demnach nur noch jene Information in den Medien, bei der das Gericht feststellt, daß der Journalist damit den einen oder anderen Kandidaten unterstützen wollte.<sup>14</sup>

Im Gebiet Brjansk hatten die Zeitungen *Brjanskij perekrjostok* [»Brjansker Straßenkreuzung«] und *Brjanskije fakty* eine Wahlprognose auf der Grundlage einer Umfrage veröffentlicht, ohne mitzuteilen, wer die Umfrage in Auftrag gegeben und bezahlt hat. Die anschließende Verwarnung durch die regionale Wahlkommission – nach einer zweiten Verwarnung erfolgt die Schließung der Zeitung für die Dauer des Wahlkampfs – versuchten sie vergeblich vor Gericht mit dem Hinweis anzufechten, daß die Umfrage von der Redaktion initiiert und von den eigenen Mitarbeitern durchgeführt worden sei. Die Zeitung *Desniza* wurde wegen eines Interviews mit dem Stellvertretenden Jabloko-Vorsitzenden und Staatsduma-Abgeordneten Igor Artemjew verwarnt, der auf der Parteiliste Platz 3 einnimmt.<sup>15</sup> Statt nur mit diesem einen hätte die Zeitung Interviews mit den Spitzenkandidaten aller Parteien machen sollen.

Die Arbeitsgruppe »Informationsstreitigkeiten« der Wahlkommission der Stadt Moskau verlangte Anfang Oktober als Vorstufe einer Verwarnung schriftlich von den beiden Publikationsorganen *Twerskaja 13* und *Kommersant-Wlast* eine Erklärung dafür, daß Artikel über die Tätigkeit von Jurij Lushkow veröffentlicht wurden, wo doch der Moskauer Oberbürgermeister zu diesem Zeitpunkt bereits offiziell bekannt gegeben hatte, daß er bei den kommenden Wahlen kandidieren wolle. *Twerskaja 13* hatte über den Arbeitsalltag des Oberbürgermeisters berichtet, und die Wochenzeitschrift *Kommersant-Wlast* hatte auf dem Titelblatt die Frage gestellt: »Haben Sie nicht genug von Lushkow?« und für den Oberbürgermeister recht unangenehme Antworten von Politikern und Unternehmern veröffentlicht.<sup>16</sup>

<sup>13</sup> Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 23.9.2003.

<sup>14</sup> RIA »Novosti«, Interfax, 30.10.2003.

<sup>15</sup> Ebd., 2.10.2003

<sup>16</sup> Ebd.

Der Stellvertretende Vorsitzende des Staatsduma-Ausschusses für Informationspolitik, Boris Resnik (ER), kritisierte, daß die neuen gesetzlichen Bestimmungen die Bürger der ausführlichen und objektiven Information über den Wahlprozeß berauben.<sup>17</sup> Presseminister Michail Lessin äußerte seine Besorgnis über die Beschränkung der Medientätigkeit während der Wahlen, wie sie die Zentrale Wahlkommission praktiziere. Sie entspreche weder dem Buchstaben noch dem Geist des Wahlgesetzes, das mit Bedacht zwischen Agitation und Wählerinformation unterscheide. »Wenn die Medien über die Arbeit bekannter Persönlichkeiten berichten (auch über registrierte Kandidaten bei Wahlen), über Amtspersonen, Geschäftsleute, Kunstschaffende, dann kann dies nicht als Agitation bezeichnet werden. Andernfalls werden die Medien für mehrere Monate ihre Nachrichtenabteilung und viele sogar ganz schließen müssen.« Er sei sich darüber im klaren, daß über den einen mehr und den anderen weniger berichtet werde. Das könne aber kein Grund sein, sich in die redaktionelle Arbeit einzumischen. Das Presseministerium werde auch künftig das Recht der Bürger auf Information verteidigen und sich dabei auf geltende Gesetze stützen.<sup>18</sup> »Die ersten Symptome, die jetzt aufgetreten sind, zeigen, daß unsere Besorgnis wegen des möglichen, auf die Normen des neuen Wahlgesetzes gestützten Vorgehens der Wahlkommission gegen die Massenmedien begründet ist.« Das Vorgehen der regionalen Wahlkommission des Gebietes Brjansk gegen drei Gebietszeitungen und die kritischen Anfragen durch der Moskauer Stadtexekutive zeugen nach Meinung des Ministers davon, daß die Massenmedien unter den gegebenen Umständen ihren Auftrag nicht erfüllen können, ihre Leser und Zuschauer über den Wahlkampf zu informieren.<sup>19</sup> Am 30. Oktober 2003 bekräftigte allerdings das Verfassungsgericht das Recht der Journalisten auf freie Berichterstattung während der Wahlkampagne. Eine positive oder negative Berichterstattung über einen der Kandidaten könne kein Grund sein, die Vertreter der Massenmedien strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

### Geändertes Referendumsgesetz

Am 27. September 2002 unterzeichnete Putin das Gesetz zur Änderung des Referendumsgesetzes vom 10. Oktober 1995. Danach ist es ein Jahr vor einer Wahl der Staatsduma, des Föderationsrats und des Präsidenten verboten, ein Referendum durchzuführen.<sup>20</sup> Diese Bestimmung richtet sich gegen die KPFR, die im Herbst 2002 ein Referendum abhalten lassen wollte. Die Hoffnung der KPFR war, daß die Bevölkerung in ihrer Antwort

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Interfax, russ., 1.9.2003.

<sup>19</sup> Ebd., 2.10.2003.

<sup>20</sup> Federal'nyj zakon o vnesenii izmenenija i dopolnenija v Federal'nyj konstitcionnyj zakon »O referendume Rossijskoj Federacii« [Föderales Gesetz über die Einfügung von Änderungen und Ergänzungen in das Föderale Verfassungsgesetz »Über das Referendum der Russischen Föderation«], in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii [Gesetzesammlung der Russischen Föderation, 39 (2002), Pos. 3641.

auf die entsprechend formulierten Fragen gegen den privaten Landbesitz votieren und eine Mindestgarantie für Löhne und Renten sowie eine Begrenzung der Gesamtkosten für Wohnen, elektrischen Strom und andere öffentliche Versorgungsgüter auf 10% des Familieneinkommens verlangen würde.<sup>21</sup>

Ein solches Votum der Bevölkerung hätte in der Vorwahlzeit zentrale Reform- und Gesetzesvorhaben Putins wie das seit Jahren im Parlament anhängige Gesetz über den Privatbesitz an Grund und Boden sowie die bevorstehende Kommunalreform zunichte gemacht. Wie wichtig dem Kreml die Verabschiedung des Änderungsgesetzes war, konnte daran abgelesen werden, daß die Staatsduma bei der ersten Lesung am 18. September 2002 viermal abstimmen mußte, bis die für ein föderales Gesetz, das einen Verfassungsartikel berührt, erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit von 300 Stimmen erreicht wurde.<sup>22</sup> Die KPRF warf der präsidentenfreundlichen Mehrheit Betrug vor, da die Stimmen von abwesenden Abgeordneten – ohne deren Zustimmung – mitgezählt wurden. Der Stellvertretende KPRF-Vorsitzende Iwan Melnikow kündigte denn auch den Gang zum Verfassungsgericht an.<sup>23</sup> Das Verfassungsgericht hat inzwischen die Beschwerde abgewiesen.

## Staatsdumawahlgesetz

Am 20. Dezember 2002 unterzeichnete Putin das neue Staatsdumawahlgesetz,<sup>24</sup> das dritte seiner Art.<sup>25</sup> Es bringt gegenüber dem seit 1999 geltenden Vorgängergesetz eine Reihe von Neuerungen: Wählervereinigungen ist es nun nicht mehr erlaubt, Kandidaten für die föderalen Wahlkreise aufzustellen. Dies obliegt nur noch den Parteien und den Wahlblöcken (Art. 3 Abs. 3). Wählervereinigungen haben auch nicht mehr das Recht, eine föderale Liste aufzustellen. Das stärkt die politische Rolle der Parteien, denn zu einem Wahlblock muß mindestens eine Partei gehören (Art. 34 Abs. 1). Durch diese neue Vorschrift soll die Praxis unterbunden werden, daß – was bisher nicht selten vorkam – Belegschaftsangehörige eine Wählervereinigung bilden und ihren Direktor als Kandidaten nominieren. Allerdings können sich Kandidaten für die Direktwahlkreise auch selbst aufstellen (Art. 6 Abs. 2).

Der Zentralen Wahlkommission sind als oberster Wahlkommission alle weiteren Wahlkommissionen untergeordnet (Art. 18 Abs. 3). Diese Festsetzung liegt auf der Linie der oben angeführten entsprechenden Bestimmung des Garantiesetzes über die Leitfunktion der Zentralen Wahl-

<sup>21</sup> Neue Zürcher Zeitung, 21.9.2002.

<sup>22</sup> Gosudarstvennaja Duma. Stenogramma zasedanij. Bjulleten' [Staatsduma. Stenogramm der Sitzungen. Bulletin] N 186 (634). 18 sentjabrja 2002 goda [18.9.2002], Moskau, S. 5.

<sup>23</sup> RFE/RL Newline, 6 (23.9.2002), Part I.

<sup>24</sup> Quelle: Parlamentskaja gazeta [Parlamentszeitung], 25.12.2002.

<sup>25</sup> Das erste Staatsdumawahlgesetz datiert auf den 21. Juni 1995, das zweite auf den 19. Dezember 1999.

kommission. Diese Funktion gilt über die nächst untergeordnete Ebene der Föderationssubjekte hinaus nun auch für die örtliche Ebene.

Die Frist für den Wahlkampf wird von fünf Monaten oder 180 Tagen auf 110 Tage verkürzt (Art. 5 Abs. 2), was wiederum den etablierten Parteien zugute kommt.

Ein von der zuständigen Wahlkommission registrierter Kandidat kann nur noch durch einen Richter aus den im Gesetz angeführten Gründen vom Stimmzettel gestrichen werden, aber nicht mehr – wie bisher – von der regionalen Wahlkommission. Die Streichungsfrist ist auf bis zu fünf Tage (bisher ein Tag) vor dem Wahltag verlängert worden (Art. 95 Abs. 6).

### **Zusammenfassung und Bewertung**

Die Neuerungen in den verschiedenen Gesetzen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- ▶ Alle Parteien müssen sich (neu) registrieren lassen, wobei sie höhere Anforderungen zu erfüllen haben; zum Ausgleich wird ihnen ein Teil der Wahlkampfkosten erstattet, wenn sie bei der Staatsdumawahl mindestens 3% der Stimmen erhalten.
- ▶ Ein Jahr vor einer Wahl darf kein Referendum durchgeführt werden, um nicht mit diesem Mittel Wahlkampf zu betreiben.
- ▶ Wählervereinigungen dürfen keine Kandidaten mehr aufstellen, das ist nur noch Parteien gestattet (neben der Selbstaufstellung).
- ▶ Es wird eine Vertikale der Zentralen Wahlkommissionen geschaffen, die von Moskau bis zur örtlichen Wahlkommission reicht.
- ▶ Der Wahlkampf wird von 180 auf 110 Tage verkürzt.
- ▶ Die Berichterstattung der Medien über den Wahlkampf muß sich jeglicher Kommentierung enthalten.
- ▶ Nur noch ein Richter kann bis spätestens fünf Tage vor der Wahl einen Kandidaten aus den im Gesetz angeführten Gründen vom Stimmzettel streichen lassen.

Mit diesen neuen Vorschriften, die von Präsident Wladimir Putin und seiner Administration initiiert wurden, sollen die Parteien politisch gestärkt werden. Faktisch bedeuten sie aber eine Bevorzugung der etablierten Parteien. Durch die Schaffung einer neuen Vertikale der Zentralen Wahlkommission sollen die regionalen Wahlkommissionen von den Republikpräsidenten bzw. Gouverneuren unabhängig werden. Damit wird zugleich eine neue Vertikale geschaffen, mit deren Hilfe der politische Wille des Präsidenten, der in der Zentralen Wahlkommission die Zustimmung der Mehrheit seiner Mitglieder finden dürfte, durchgesetzt werden kann.

Die gravierendste Neuerung ist die Einschränkung der Wahlkampfberichterstattung, die fast einer permanenten Zensur gleichkommt, weil im riesigen Land immer irgendwo Wahlen stattfinden. Die Zentrale Wahlkommission konnte über die Präsidialadministration und somit über den Präsidenten den Entwurf dieses Gesetz in die Staatsduma einbringen. Eine Mehrheit der Abgeordneten beider Kammern stimmte für das Gesetz, das schließlich vom Präsidenten unterzeichnet wurde.

Diese neuen Regelungen und deren Handhabung stoßen vielfach auf Kritik, selbst bei Inhabern höchster Staatsämter. Unter den Kritikern finden sich beispielsweise der Stellvertretende Vorsitzende des Staatsdumakomitees für Informationspolitik – obwohl er der »Partei der Macht« angehört, die eigentlich von den neuen Regelungen profitiert – und der Minister für Presse, Fernsehen Hörfunk und Massenmedien. Die ersten Klagen gegen die neuen Vorschriften wurden bereits beim Verfassungsgericht eingereicht.

## Parteien der Staatsduma

Im folgenden werden nur diejenigen Parteien vorgestellt, die Fraktionen in der Staatsduma bilden und die deshalb die Chance haben, bei der kommenden Staatsdumawahl die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Grundsätzlich wird zwischen den größeren alten Parteien, die unter Jelzin entstanden sind, und den unter Putin gegründeten größeren neuen Parteien unterschieden. Die Reihenfolge, in der die Parteien vorgestellt werden, richtet sich jeweils nach den Ergebnissen bei der Staatsdumawahl 1999.

Am 22. August 2003 unterschrieben 27 der 43 für die Staatsdumawahl registrierten Parteien den gesellschaftlichen Vertrag »Wahlen 2003«. Alle hier vorgestellten Parteien, mit Ausnahme von Jabloko, haben den Vertrag unterzeichnet. Darin verpflichten sie sich zu einem fairen Wahlkampf ohne kompromittierende Äußerungen über politische Gegner und zur Respektierung von insgesamt acht Prinzipien, darunter Verzicht auf Vorteile, die von der Regierungsmacht in Aussicht gestellt werden, und gleichen Medienzugang für alle.<sup>26</sup>

### Neue Parteien

#### »Einiges Rußland« (ER)

**Entstehung** Im April 2002 schlossen sich die Bewegungen »Einheit« und »Vaterland – Ganz Rußland« zur Partei »Einiges Rußland« (»Edinaja Rossija«) zusammen, die sich unter diesem Namen vom russischen Justizministerium registrieren ließ. Nach dem Zusammenschluß blieben jedoch die unter ihren alten Namen firmierenden Fraktionen der Staatsduma weiterhin getrennt.

»Einheit« hatte sich Ende September 1999 als neuer Block von 31 Gouverneuren und verschiedenen kleineren politischen Bewegungen gebildet, der vom Minister für Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen, Sergej Schojgu, geleitet wurde. An den Staatsdumawahlen 1999 nahm dieser Block unter dem Namen »Bär« teil und erreichte mit 23,32% nach dem Wahlsieger KPRF das zweitbeste Ergebnis. Dabei war die Bewegung ohne Programm in den Wahlkampf gezogen. Es genügte, daß Putin zwei Wochen vor dem Wahltermin öffentlich erklärte, daß er als Präsident parteipolitisch neutral sei, als Mensch aber »Bär« wählen würde.

Die andere Bewegung, die in »Einiges Rußland« aufging, war »Vaterland – Ganz Rußland« (VGR). Im Dezember 1998 vom Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow als »Vaterland« gegründet, schloß sich ihr im April 1999 die regionale Gruppierung »Ganz Rußland« an, die von 16 einflußreichen Republikpräsidenten und Gouverneuren gebildet worden war,

<sup>26</sup> Interfax, russ., 22.8.2003.



darunter den Präsidenten Tatarstans, Mintimer Schajmijew, und Baschkortostans, Murtasa Rachimow, sowie vom Oberbürgermeister von St. Petersburg, Wladimir Jakowlew. Hauptorganisator dieses Blocks war der Vorsitzende der Staatsdumagruppe »Russische Regionen«, Oleg Morosow. Hinter »Vaterland – Ganz Rußland« stehen Kapitalgruppen aus dem Öl- und Gasbereich. Die Bewegung opponierte gegen Jelzins Politik, vor allem gegen seine Personalpolitik, nach der wichtige Positionen vorzugsweise mit Mitgliedern des Jelzin-Clans besetzt wurden. Bei der Staatsdumawahl 1999 stellte sich VGR nicht nur gegen »Bär« (= »Einheit«), sondern damit zugleich auch gegen den damaligen Premier Wladimir Putin. Jetzt ist VGR Teil der »Partei der Macht« geworden.

**Organisation** ER ist die neue »Partei der Macht«, und so wird sie auch in Moskau bezeichnet. Nach dem Verbot der KPdSU 1991 hielten die ehemaligen Nomenklaturisten nach einer neuen Partei Ausschau, die ihnen ihre Posten sichern oder Karriereemöglichkeiten eröffnen konnte. Anfangs bot sich die Bewegung »Demokratische Wahl Rußlands« von Jegor Gajdar an, die aber bei den Wahlen nicht überzeugend abschnitt. Dann dachte sich die Präsidialadministration als neue »Partei der Macht« die Bewegung »Unser Haus Rußland« mit dem damaligen Premier Wiktor Tschernomyrdin als Vorsitzenden aus, die aber trotz des vollen Einsatzes der administrativen Ressourcen bei der Staatsdumawahl 1995 nur 10,1% der Stimmen gewann. Nachdem Jelzin Tschernomyrdin 1998 als Regierungschef entlassen hatte, verließen viele »Unser Haus Rußland«, da die Bewegung erkennbar nicht mehr die »Partei der Macht« war. Nun wurde »Einheit« unter dem Notstandsminister Sergej Schojgu aus der Taufe gehoben. Bei der Staatsdumawahl 1999 konnte sie immerhin 23,3% der Stimmen auf sich vereinen.

Nach dem Zusammenschluß von »Einheit« und »Vaterland – Ganz Rußland« zu »Einiges Rußland« unter Innenminister Boris Gryslow richten sich jetzt viele Hoffnungen auf sie. Zahlreiche Amtsinhaber strömten in diese neue »Partei der Macht«, wie immer nicht aus Überzeugung, sondern aus Opportunismus. »Einiges Rußland« tritt als zentralistische Massenpartei mit Gliederungen in vielen Regionen auf, ist tatsächlich aber »ein ziemlich poröses Konglomerat aus Beamtenclans, das von endlosen inneren Auseinandersetzungen gebeutelt wird.«<sup>27</sup> Im Juli 2003 schloß der Parteirat den Bürgermeister von Iwanowo, dem Gebietszentrum nordöstlich von Moskau, und fünf weitere Personen aus der Partei aus, und zwar »wegen Mißachtung des Parteistatuts und parteischädigender Aktivitäten.«<sup>28</sup>

Auf dem II. Parteitag der ER im März 2003 teilte Gryslow mit, daß die Partei mehr als 400 000 Mitglieder habe, darunter 2000 Abgeordnete verschiedener Volksvertretungen, einschließlich 151 Staatsduma-Abgeordnete und 41 Senatoren des Föderationsrats. In 52 von 89 Regionalparlamenten bildeten ihre Abgeordneten Vereinigungen. Die Partei, deren ideologische

<sup>27</sup> Juri Korgunjuk, Rußland: die Parteien vor den Parlamentswahlen, in: Wostok, (2003) 3, 2003, S. 68.

<sup>28</sup> Interfax, russ., 11.7.2003.

Grundlage laut Gryslow der politische Zentrismus ist, hat 2400 Grundorganisationen in allen 89 Föderationssubjekten, als einzige Partei auch in Tschetschenien.

**Statut** Die Führungsstruktur der Partei ist kompliziert: Das oberste Organ der Partei ist der Parteitag, der mindestens alle zwei Jahre stattzufinden hat (Statut<sup>29</sup> 8.3). Zwischen den Parteitagen fungiert der aus 100 Mitgliedern bestehende Zentrale Politische Rat – analog dem früheren Zentralkomitee der KPdSU – als oberstes Führungsgremium der Partei, das mindestens einmal im halben Jahr tagen muß. Seine Mitglieder werden in geheimer Abstimmung auf dem Parteitag für zwei Jahre gewählt (Statut 8.4.1, 8.4.2, Statut 8.4.6).

Zwischen den halbjährlichen Sitzungen des Zentralen Politischen Rates nimmt der mindestens einmal im Monat tagende Generalrat die oberste Führungsfunktion der Partei wahr und leitet ihre politische Arbeit (Statut 8.5.7.2). Seine 15 Mitglieder,<sup>30</sup> die auf dem Parteitag in geheimer Abstimmung für vier Jahre gewählt werden, gehören zugleich dem Zentralen Politischen Rat an (Statut 8.5.1–8.5.4). Der Sekretär des Generalrats hat Zugang zum Zentralen Politischen Rat, leitet den Generalrat und steuert zusammen mit den Kollegen im Generalrat das Exekutivkomitee. Derzeit amtierender Sekretär ist Walerij Bogomolow, Leiter der Verwaltung für Kader und Staatsdienst des Föderationsrats; er hat früher mit Putin im KGB zusammengearbeitet.<sup>31</sup> Stellvertreter sind der Leiter der Staatsdumafraktion »Vaterland – Ganz Rußland«, Wjatscheslaw Wolodin (Vorbereitung von Wahlen der Legislative und Exekutive), der Vorsitzende der Staatsdumagruppe »Regionen Rußlands«, Oleg Morosow (programmatische und ideologische Arbeit der Partei), und der Vorsitzende der Staatsdumafraktion »Einheit«, Wladimir Pechtin (Koordinierung der Parteiarbeit in der Staatsduma).

Ständiges Führungsorgan der Partei ist das Zentrale Exekutivkomitee, dessen fünf Mitglieder ebenfalls vom Parteitag in geheimer Abstimmung für zwei Jahre gewählt werden und zugleich dem Zentralen Politischen Rat angehören (Statut 8.6.1 bis 8.6.3). Das Zentrale Exekutivkomitee wird von Jurij Wolkow geführt, dem ehemaligen FSB-Chef im Föderalen Bezirk Nord-West (Zentrum: St. Petersburg).<sup>32</sup> Das Exekutivkomitee wird bei den Staatsdumawahlen als Wahlkampfstab der Partei dienen.

Eine besondere Rolle spielt der Oberste Rat, der aus herausragenden Persönlichkeiten des öffentlichen und politischen Lebens gebildet werden soll, die große Autorität in der russischen Gesellschaft und im internatio-

<sup>29</sup> Ustav Vserossijskoj partii »Edinstvo i Otečestvo – Edinaja Rossija« [Statut der Allrussischen Partei »Einheit und Vaterland – Einiges Rußland«], Homepage der Partei: <<http://www.edinros.rus>>.

<sup>30</sup> Auf dem II. Parteitag am 29. März 2003 wurde der Generalrat um zwei Mitglieder auf 15 erweitert (Ėkspert, 7.4.2003).

<sup>31</sup> Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 31.3.2003; Kommersant [Geschäftsmann], 31.3.2003.

<sup>32</sup> Kommersant [Geschäftsmann], 2.4.2003.

nalen Leben haben (Statut 7.3) und die nicht der Partei angehören müssen. Die Mitglieder des Obersten Rats werden vom Parteitag in offener Abstimmung für vier Jahre gewählt und haben die Aufgabe, Programm und Statut der Partei umzusetzen, die Strategie der Partei zu bestimmen und zur Stärkung ihrer Autorität und zum Wachstum ihres Einflusses in der russischen Gesellschaft beizutragen (Statut 7.1–2).

**Vorsitz** Zum Vorsitzenden des Obersten Rats wurde am 20. November 2002 für vier Jahre Innenminister Boris Gyslow gewählt. Obwohl es nach Artikel 11 des Gesetzes über die Regierung Ministern verboten ist, Parteifunktionen wahrzunehmen, behält Gyslow und behalten Vorsitzende anderer Parteien ihre Ministerposten, da sie das Amt des Vorsitzenden von der Gesetzesbestimmung nicht berührt sehen.

Gyslow soll dafür sorgen, daß die Partei bei der kommenden Staatsdumawahl die Kommunisten überflügelt und das beste Ergebnis erzielt. Ko-Vorsitzende des Obersten Rates sind der ehemalige Vorsitzende von »Vaterland – Ganz Rußland«, der Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow, der Präsident der Republik Tatarstan, Mintimer Schajmijew, und der ehemalige Chef von »Einheit«, der Minister für Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen, Sergej Schojgu.<sup>33</sup>

Boris Wjatscheslawowitsch Gyslow<sup>34</sup> wurde 1950 in Wladiwostok geboren, lebte seit seinem vierten Lebensjahr in Leningrad und war dort bis zu seiner Wahl in die Staatsduma am 19. Dezember 1999 im Bildungsbereich und als Geschäftsmann tätig. In der Staatsduma war er Vorsitzender der Fraktion »Einheit«. Am 28. März 2001 ernannte ihn Putin zum Innenminister.

**Programm** In ihrem Programm<sup>35</sup> bekennt sich die Partei zu den Werten Freiheit, Gesetz, Gerechtigkeit und Einvernehmen. Sie stellt ihre programmatischen Prioritäten unter folgenden Kapitelüberschriften vor:

- ▶ *»Starker Staat«*: starke Präsidialmacht als Garant der politischen Stabilität, Bewahrung der verfassungsmäßigen Ordnung, Fortführung der Verwaltungsreform, Vergrößerung der politischen Verantwortlichkeit der Abgeordneten aller Ebenen.
- ▶ *»Sich entwickelnde Bürgergesellschaft«*: Kontrolle der Macht durch Parteien und gesellschaftliche Vereinigungen, Entwicklung der Selbstorganisation der Bürger und der gesellschaftlichen Selbstverwaltung, Heranführung der Bürger an die Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten, Verbesserung der Gesetzeslage für die Tätigkeit gesellschaftlicher Vereinigungen und ihre Wechselbeziehung zum Staat.

<sup>33</sup> <<http://www.edinorus.ru>>.

<sup>34</sup> Hauptquelle für die biographischen Angaben ist die Moskauer Datenbank »Labirint«, die ständig aktualisiert wird.

<sup>35</sup> Programma Vserossijskoj partii »Edinstvo i Otečestvo« – Edinaja Rossija« [Programm der Allrussischen Partei »Einheit und Vaterland – Einiges Rußland«], Homepage der Partei: <<http://www.edinros.ru>>.

- ▶ *»Land freier Menschen«*: Verwirklichung des Prinzips der gleichen Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten für die verschiedenen Gruppen, Nationalitäten und Konfessionen, Bildung eines wirksamen Mechanismus zum Schutz der Rechte und Freiheiten.
- ▶ *»Gerechte Gesellschaft«*: Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß die Mehrheit der Bevölkerung frei und selbständig ihre sozio-ökonomischen Probleme regeln kann; soziale Partnerschaft, Bildung eines auf Beiträgen beruhenden effektiven Systems sozialer Garantien für Bedürftige, Schaffung eines einheitlichen Sozialversicherungssystems.
- ▶ *»Blühendes Land«*: wechselseitige Entwicklung der hochtechnologischen Wissenschaftszweige und der Industrie, verbesserte Verwaltung des Staatseigentums, vernünftige Besteuerung der Naturressourcen, Verbesserung des Geschäftsklimas, Strukturreformen, Entwicklung des Finanzmarktes, Entbürokratisierung der Wirtschaft, Entwicklung des kleinen und mittleren Business.
- ▶ *»Sicheres Land«*: Ausbau der Verteidigungsfähigkeit des Landes, Aufstellung einer Berufsmarine, Verbesserung der Tätigkeit der Rechtsschutzorgane, konsequente Weiterführung der Rechtsreform.
- ▶ *»Moderne Föderation«*: Förderung des Zusammenwirkens von Zentrum und Regionen unter scharfer Abgrenzung ihrer ökonomischen, sozialen und steuerlichen Kompetenzen.
- ▶ *»Land hoher Kultur und Wissenschaft«*: Entwicklung eines staatlichen Systems der Suche, Auswahl und Förderung von Talenten, zielgerichtete Förderung der Grundlagenwissenschaften, Vergrößerung des wissenschaftlichen und technologischen Potentials des Landes.
- ▶ *»Großes Rußland in einer sich verändernden Welt«*: Mitgestaltung und Unterstützung der internationalen Politik im Interesse der Aufwertung der Rolle Rußlands in der Welt; Teilnahme Rußlands an internationalen Systemen kollektiver Sicherheit und des Schutzes der Welt vor dem internationalen Terrorismus und Extremismus, Entwicklung von für Rußland vorteilhaften internationalen Wirtschaftsbeziehungen, aktive Teilnahme Rußlands an den Prozessen der europäischen Integration, Schutz der Rechte und Interessen russischer Bürger im Ausland, Stärkung der internationalen gesellschaftlichen und humanitären Verbindungen.
- ▶ *»Vaterländische Partei«*: Bewahrung der gesellschaftlichen Stabilität, Bildung einer Personalreserve für die Besetzung von exekutiven und legislativen Positionen, aktive Teilnahme an den Wahlen auf allen Ebenen, Berücksichtigung der öffentlichen Meinung bei der Vorbereitung und Annahme von Entscheidungen.

**Finanzierung** ER als »Partei der Macht« wird von der Präsidialadministration finanziert, indem sie große Firmen mit Staatsanteil wie Gasprom und putinfreundliche Oligarchen zu Spenden auffordert. ER war, wie Tabelle 1 zeigt, im Jahr 2002 mit 254,3 Mio. Rubel (rund 7,71 Mio. Euro) mit Abstand die reichste der in der Staatsduma vertretenen Parteien.

**Tabelle 1**  
**Angaben aus den Finanzrechenschaftsberichten der Parteien für 2002**

<i>Partei</i>	<i>Eigentum</i>	<i>Einnahmen</i>	<i>Ausgaben</i>
Einiges Rußland	254,3 Mio. Rubel (7,3 Mio. Euro)	390,0 Mio. Rubel (11,1 Mio. Euro)	398,3 Mio. Rubel (11,38 Mio. Euro)
KPRF	6,5 Mio. Rubel (186.000 Euro)	17,6 Mio. Rubel (503.000 Euro)	17,4 Mio. Rubel (497.000 Euro)
Jabloko	12,5 Mio. Rubel (357.000 Euro)	45,3 Mio. Rubel (1,3 Mio. Euro)	54,2 Mio. Rubel (1,5 Mio. Euro)
Union rechter Kräfte	Keine Angaben	64,8 Mio. Rubel (1,9 Mio. Euro)	37,5 Mio. Rubel (1,1 Mio. Euro)
LDPR	326.900 Rubel (9.340 Euro)	17,1 Mio. Rubel (489.000 Euro)	17,2 Mio. Rubel (491.000 Euro)

Quelle: Vedomosti, 20.8.2003.

Nach dem neuen Wahlgesetz dürfen die Parteien für ihren Wahlkampf nicht mehr als 250 Mio. Rubel (7,1 Mio. Euro) ausgeben (bisher 80 Mio. Euro). Für den Wahlkampf dürfen die Parteien Spenden entgegennehmen, wobei eine private Person nicht mehr als 175.000 Rubel (5.000 Euro) und eine juristische Person nicht mehr als 8,75 Mio. Rubel (250.000 Euro) spenden dürfen (Art. 65 Abs. 4 und 5). Bis zum 8. Oktober 2003 hat ER mit 140,7 Mio. Rubel (4 Mio. Euro) die meisten Spenden eingeworben, gefolgt von der LDPR mit 73,9 Mio. Rubel (2,1 Mio. Euro), Jabloko mit 68 Mio. Rubel (1,9 Mio. Euro) und der URK mit 38,7 Mio. Rubel (1,1 Mio. Euro); die Summe der an die KPRF gerichteten Spendenzahlungen wurde leider nicht veröffentlicht.<sup>36</sup> Diese Mittel reichen für den Wahlkampf natürlich nicht aus. Woher die zusätzlichen Wahlkampfgelder aus den Parteikassen kommen, ist streng gehütetes Geheimnis der Parteien.

**Massenmedien** ER besitzt vorläufig keine eigene Zeitung. Als »Partei der Macht« hat sie aber die Möglichkeit, sich der staatlichen Fernsehkanäle zu bedienen.

**Parlamentsarbeit** Auch wenn die Fraktionen der Staatsduma »Einheit« und »Vaterland – Ganz Rußland« (VGR) nach dem Parteizusammenschluß getrennt blieben, stimmen ihre Mitglieder mit den ihnen politisch nahestehenden Gruppen »Volksdeputierte« und »Regionen Rußlands« einheitlich ab. Sie erreichen auf diese Weise einen Stimmenanteil von 52,2% (vgl. Tabelle 2, S. 22). Meistens schließt sich – gegen Bezahlung aus der Präsidialadministration – die LDPR-Fraktion ihrem Votum an, so daß die Mehrheit dann sogar 55,0% beträgt. Diese vier »Regierungsfractionen« können somit jeden Beschluß fassen und jedes Gesetz beschließen, zu dessen Annahme die einfache Mehrheit genügt. Sie unterstützen in der Regel die

<sup>36</sup> Opec.ru, 16.10.2003.

Politik Putins, aber nicht immer, wie das Beispiel der Gesetzesvorlage des Präsidenten zur Abschaffung der Todesstrafe zeigt, die von »Einheit« abgelehnt wurde. Auch untereinander haben die vier Fraktionen gelegentlich Differenzen.

Die Fraktion »Einheit« leitet sieben und die mit ihr verbundene Fraktion »Vaterland – Ganz Rußland« fünf der insgesamt 28 Komitees der Staatsduma (Parlamentsausschüsse). »Einheit« stellt die Erste Stellvertretende Staatsdumavorsitzende (Ljubow Sliska) und »Vaterland – Ganz Rußland« einen Stellvertretenden Staatsdumavorsitzenden (Georgij Boos).<sup>37</sup>

**Tabelle 2**  
**Fraktionen und Gruppen der Staatsduma (Stand: 5. Oktober 2001)<sup>a</sup>**

<i>Fraktionen/Gruppen</i>	<i>Anzahl der Mandate</i>	<i>Insgesamt in %</i>
Fraktionen		
KPRF	85	18,9
Einheit	81	18,0
VGR	57	12,7
URK	31	6,9
Jabloko	17	3,8
LDPR	13	2,9
Gruppen		
Volksdeputierte	48	10,7
Regionen Rußlands	43	9,6
Landwirtschaft und Industrie	42	9,3
Unabhängige	33	7,3

**a** Neuere Angaben sind nicht vorhanden. Zu diesem Zeitpunkt zählte die Staatsduma 437 Abgeordnete, 13 Mandate waren vakant. 100% = 437 Abgeordnete.

**Parteitage** Am 29. März 2003 fand der II. Parteitag von ER statt. Überraschend gab sich Gryslow in seinem Rechenschaftsbericht<sup>38</sup> populistisch und versuchte, zur Regierung, der er selbst als Innenminister angehört, auf Distanz zu gehen. So kritisierte er den Umstand, daß in Rußland die bei Parlamentswahlen siegreiche Partei nicht die Regierung bilden und keinen bestimmenden Einfluß auf die Ausarbeitung der Politik des Staates nehmen kann. Diese Kritik war offensichtlich mit Putin abgesprochen. Zu diesem Zeitpunkt trug sich Putin nämlich – wie in Moskau zu hören war – mit der Überlegung, Premier Michail Kassjanow abzulösen. Laut Verfassung (Art. 116) muß eine Regierung ohnehin abtreten, sobald ein neuer Präsident gewählt worden ist. Als dann im Juni 2003 die KPRF und Jabloko in der Staatsduma einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung einbrach-

<sup>37</sup> *Fond razvitija parlamentarizma v Rossii [Stiftung für die Entwicklung des Parlamentarismus in Rußland]* (Hg.), Federal'noe sobranie. Sovet Federacii. Gosudarstvennaja Duma. Spravočnik [Föderalversammlung. Föderationsrat. Staatsduma. Handbuch], Moskau 2000.

<sup>38</sup> Text der Rede: <<http://www.edinoros.ru>>.

ten, beteiligte sich ER allerdings nicht daran, weil Putin inzwischen von seinen Entlassungsabsichten wieder Abstand genommen hatte.

Nach dem Parteitag wurde bekannt, daß die Präsidialadministration einen Gesetzentwurf vorbereitet, der vorsieht, daß der Regierungschef dem Präsidenten ein Kabinett vorschlägt, das aus Personen bestehen soll, die der Premier aus einer von der Mehrheitsfraktion oder -koalition der Staatsduma vorgelegten Liste ausgewählt hat.<sup>39</sup> Um dieses Gesetz zu verabschieden, müßte nicht einmal die Verfassung geändert werden, denn nach der Konstitution ist die Regierung dem Präsidenten und nicht der Staatsduma verantwortlich. Das Verfahren einer Verfassungsänderung ist nicht nur komplizierter und aufwendiger, es würde eventuell auch den Wunsch aufkommen lassen – wenn man schon einmal dabei ist –, auch andere Verfassungsbestimmungen zu ändern, um beispielsweise die Machtkompetenzen des Präsidenten einzuschränken.

Die Regierung – so Gryslow weiter auf dem Parteitag – habe weitgehend die Fähigkeit eingebüßt, die dringendsten und schmerzlichsten Probleme des Landes entschieden anzupacken. Gryslow beklagte, daß Gruppen, die mit dem Kapital verbunden sind, eine zu große Macht erlangt und sich zu viele politische Funktionen angeeignet hätten. Statt einen zivilisiert geführten politischen Kampf auszutragen, würden Clans und Gruppen verdeckt gegeneinander kämpfen. Diese Äußerungen sind nur vor dem Hintergrund zu verstehen, daß Putin zu diesem Zeitpunkt offensichtlich beabsichtigte, Kassjanow zu entlassen. Und Gryslows öffentliche Kritik sollte diese Absicht legitimieren.

Gryslow sprach sich gegen eine weitere Erhöhung der Preise für Strom und Gas aus, wie sie von der WTO verlangt wird, in die Rußland eintreten will. Die Forderung nach marktgerechten Energiepreisen in Rußland bedeute einen Angriff auf die Wettbewerbsvorteile der russischen Industrie. Das wäre das gleiche, als würde verlangt, daß Bananen in Brasilien genausoviel kosten wie in Finnland.

Doch zugleich betonte Gryslow, daß ER die einzige Partei sei, die sich offen zur politischen Unterstützung des Präsidenten bekenne – mit dem sich die Parteiführung drei Tage vor dem Parteitag getroffen hatte.<sup>40</sup> Die ER wolle eine »Plattform der Präsidentenmehrheit« ausarbeiten und strebe als Wahlziel rund 37% der Stimmen an. Diese Zahl ergibt sich aus der Addition jener Stimmen, die bei der letzten Staatsdumawahl auf die jetzigen Teilgruppen der Partei entfielen, nämlich »Einheit« (23,3%) und »Vaterland – Ganz Rußland« (13,3%). (Die KPRF erhielt 24,3% und die beiden rechten Parteien Jabloko und Union rechter Kräfte 5,9% bzw. 8,5%, zusammen rund 15%.) Um die Bedingungen für dieses gewünschte Ergebnis zu verbessern, hatte der Generalrat am 20. Februar 2003 beschlossen, in die Wahlkommissionen der Föderationssubjekte nicht nur Mitglieder zu entsenden, sondern auch deren Vorsitzende zu stellen.<sup>41</sup>

<sup>39</sup> Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 2.4.2003.

<sup>40</sup> Ebd., 27.3.2003.

<sup>41</sup> Ebd., 17.4.2003.

Putin wählte den nicht gerade charismatischen Gryslow als Parteiführer nur deshalb aus, weil er keinen besseren Kandidaten finden konnte.<sup>42</sup> Die Wähler haben mehr Vertrauen zum Präsidenten als zur Partei. »Einiges Rußland« findet daher auch nur halb so viel Zustimmung wie der Präsident. Putin ist mit »Einiges Rußland« unzufrieden, vor allem wegen des inneren Streits der Partei, von dem wenig nach außen dringt. Um sein Mißfallen zum Ausdruck zu bringen, nahm Putin am II. Parteitag – anders als am I. Parteitag 2002 vor einem Jahr – nicht teil.

Auf dem III. Parteitag am 20. September 2003 hielt Putin angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes eine Rede, in der er dazu aufrief, ER zu wählen. Professor Wiktor Schejnis und das Mitglied der Zentralen Wahlkommission, Wadim Prochorow, sehen in diesem Aufruf eine Verletzung des Wahlgesetzes,<sup>43</sup> das in Artikel 75 Absatz 5 in Punkt 1 föderalen Organen der Staatsmacht und in Punkt 2 Personen im Staatsdienst Wahlagitation verbietet. Die Zentrale Wahlkommission wies den entsprechend erhobenen Vorwurf mit der an den Haaren herbeigezogenen Begründung zurück, daß erst ab dem Zeitpunkt der Aufstellung der Kandidatenliste von Wahlagitation gesprochen werden könne.<sup>44</sup>

In diesen Zusammenhang paßt auch die Tatsache, daß 2 der 30 Spitzenkandidaten von ER Minister und die restlichen 28 Gouverneure sind. Als Staatsbedienstete der Kategorie A hätten sie laut Artikel 49 Absatz 2 des Wahlgesetzes innerhalb von drei Tagen nach ihrer Nominierung als Spitzenkandidaten ihre Ämter niederlegen müssen. Da sie am 28. September nominiert wurden, hätten sie folglich spätestens bis zum 1. Oktober von ihren staatlichen Funktionen entbunden werden müssen, was jedoch nicht geschehen ist.

**Verhältnis zum Kreml** ER ist die »Partei der Macht«, also des Kreml. Die Schaffung einer solchen Partei von oben ging vom Ende Oktober 2003 zurückgetretenen Leiter der Präsidialadministration des Präsidenten aus, Aleksandr Woloschin.<sup>45</sup> Sein Stellvertreter für Innenpolitik, Wladislaw Surkow, entscheidet fast alles für ER allein, sogar die Art der Ausführung. Nur sehr wichtige Fragen stimmte er mit Woloschin ab, während Putin sich einzig um die Person des Vorsitzenden kümmerte.

Stellvertretender Leiter des Exekutivkomitees von ER, zuständig für die Verbindungen zu den Regionen, ist Leonid Iwlew, Stellvertretender Leiter der Verwaltung Innenpolitik in der Präsidialadministration.

**Polittechnologen** In Moskau wird als Polittechnologe jemand bezeichnet, der eine Mischung aus »Spindoctor« und Meinungsmanipulator darstellt. Sehr wichtig für eine erfolgreiche Wahlkampfführung ist, daß die Partei

<sup>42</sup> Gespräch des Autors mit informierten Kreisen in Moskau, 28.5.2003.

<sup>43</sup> Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 22.9.2003.

<sup>44</sup> Gazeta [Zeitung], 22.9.2003.

<sup>45</sup> Vgl. die Tabelle mit der Besetzung der Spitzenpositionen in der Präsidialadministration in: Eberhard *Schneider*, Das innenpolitische »System« Putins, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2001 (S 25/01), S. 9.



von einem erfahrenen Polittechnologen beraten wird. Für ER nimmt Gleb Pawlowskij mit seiner »Stiftung für effektive Politik« diese Aufgabe wahr. Konzeptionell bereitete Pawlowskij, der als der Vordenker Putins gilt, bereits den letzten Wahlkampf der »Partei der Macht« 1999 vor.<sup>46</sup> Ein weiterer externer Berater ist Aleksandr Oslon, Chef des Meinungsforschungsinstituts »Stiftung öffentliche Meinung«. 1996 gehörte er zum Team der Jelzin-Tochter Tatjana Djatschenko und des damaligen Leiters des Jelzin-Wahlkampfstabs Anatolij Tschubajs.

**Wahlkampf** In Regionen mit einem kommunistischen Gouverneur gerät ER regelmäßig unter starken Druck der regionalen Administration, sobald sie dort eine neue territoriale Parteigruppe ins Leben ruft. Regionale Administrationen scheuen zuweilen auch nicht vor der Entlassung von neuen ER-Mitgliedern aus ihren beruflichen Funktionen zurück. Unter diesen Umständen hat es ER schwer, neue Parteigliederungen zu gründen und Wahlkampf zu führen.

Mit Blick auf die Staatsdumawahl ging Innenminister Gryslow im Juni 2003 gegen korrupte Beamte vor. Am 23. Juni wurden sechs Obristen des Innenministeriums und ein General des Ministeriums für Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen verhaftet und 2 Mio. US-Dollar beschlagnahmt. Am 21. August 2003 teilte Innenminister Gryslow die Verhaftung von sechs aktiven und ehemaligen Offizieren des Innenministeriums mit, die der Korruption und der Erpressung des Kleinunternehmertums beschuldigt werden.<sup>47</sup>

ER hat es abgelehnt, an Fernsehdebatten mit anderen Parteiführern teilzunehmen – ein Zeichen der programmatischen Schwäche, aber zugleich auch Ausdruck der medialen Stärke. Denn ER hat diese Debatten offensichtlich nicht nötig.

**Spitzenkandidaten** Auf ihrem III. Parteitag nominierte ER am 20. September 2003 für ihre föderale Liste vier Kandidaten – Platz 1: Innenminister Gryslow, Platz 2: Notstandsminister Schojgu, Platz 3: Moskaus Oberbürgermeister Lushkow, Platz 4: der Präsident Tatarstans Schajmijew.<sup>48</sup>

### »Union rechter Kräfte« (URK)

**Entstehung** Zur »Union rechter Kräfte« (URK) schlossen sich im August 1999 die Bewegungen des ehemaligen Premiers Sergej Kirijenko (»Neue Kraft«), des ehemaligen Stellvertretenden Regierungschefs Boris Nemzow

<sup>46</sup> NovajaGazeta.Ru, 7.8.2003. Die Polittechnologen verlangen für ihre Leistungen hohe Preise: Erstellung einer Analyse 20.000 bis 30.000 US-Dollar, Ausarbeitung der Wahlkampfstrategie 100.000 bis 300.000 US-Dollar, Ausarbeitung eines ganzen Projekts zweistelliger Millionenbetrag in Dollar, Ausarbeitung der Strategie für einen Direktwahlkreis 1 Mio. US-Dollar.

<sup>47</sup> Izvestija.Ru, 30.6.2003 und 2.7.2003; Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 3.7.2003; RFE/RL Newslines, 7 (22.8.2003) 160, Part I.

<sup>48</sup> Gazeta [Zeitung], 22.9.2003.

(»Junges Rußland«), der ehemaligen Vorsitzenden des Staatskomitees für die Förderung der Entwicklung des Kleinunternehmertums, Irina Chakamada (»Gemeinsame Sache«), und des Reformpremiers von 1992, Jegor Gajdar (»Demokratische Wahl Rußlands«), zusammen. Leiter des Wahlkampfstabs der Koalition war 1999 der ehemalige Stellvertretende Regierungschef und jetzige Vorstandsvorsitzende des monopolistischen Stromversorgungskonzerns JeES Rossii (Vereinigte Energiesysteme), Anatolij Tschubajs.

**Organisation** Die Partei hat 27 234 Mitglieder in 83 Föderationssubjekten (Juli 2003). 5 URK-Mitglieder sind Senatoren im Föderationsrat, 32 Abgeordnete der Staatsduma, 140 gehören regionalen Parlamenten an, 460 sind Abgeordnete örtlicher Volksvertretungen und 3 Bürgermeister von Hauptstädten von Föderationssubjekten.

Die Partei hat in der letzten Zeit eine Reihe von Mitgliedern verloren, darunter auch den bisherigen Vorsitzenden des Exekutivrats, den Wahlkampfmanager und Werbefachmann Eldar Janbuchtin.<sup>49</sup> Eine der Ursachen dafür ist, daß der Kreml die mit der URK rivalisierende liberale Partei Jabloko vorzieht. Mehrmals hat URK vergeblich versucht, mit Jabloko eine Koalition zu bilden. Entsprechende Initiativen sind vom Jabloko-Vorsitzenden Grigorj Jawlinskij stets abgelehnt worden.

**Statut** Oberstes Organ der Partei ist laut Statut vom 26. Dezember 2001<sup>50</sup> der mindestens alle zwei Jahre abzuhaltende Parteitag. Ständiges Führungsorgan der Partei ist der Politische Rat, der vom Parteitag ebenso für zwei Jahre gewählt wird wie der Ratsvorsitzende, den der Rat vorschlägt, und die Ko-Vorsitzenden der Partei.

Zwischen den Sitzungen des Politischen Rates wird die Partei von jenen beiden Ko-Vorsitzenden geführt, die zugleich Mitglieder des Politischen Rates sind; derzeit sind das Boris Nemzow und Irina Chakamada.

**Vorsitz** Seit Mai 2001 ist Boris Jefimowitsch Nemzow Vorsitzender des Politischen Rats von URK und Ko-Vorsitzender der Partei. Weitere Ko-Vorsitzende sind die Stellvertretende Staatsdumavorsitzende Irina Chakamada, der ehemalige Regierungschef Jegor Gajdar und der Vorstandsvorsitzende des Strommonopolisten JeES Rossii Anatolij Tschubajs, der als heimlicher Vorsitzender gilt, weil er in allen entscheidenden Fragen das letzte Wort hat.<sup>51</sup>

Nemzow wurde 1959 in Sotschi geboren. 1981 machte er seinen Abschluß an der Radiophysikalischen Fakultät der Staatlichen Universität in Gorkij, dem heutigen Nishnij Nowgorod, 1985 folgte die Promotion. Nemzows Spezialgebiet ist die theoretische Physik, vor allem die Plasma- und die Astrophysik. Von 1981 bis 1990 arbeitete er am Wissenschaft-

<sup>49</sup> The Moscow Times, 6.5.2003.

<sup>50</sup> Homepage von URK: <<http://www.sps.ru>>.

<sup>51</sup> Rossijskaja gazeta [Russische Zeitung], 11.6.2003.

lichen Forschungsinstitut für Radiophysik in Gorkij. 1990 wurde er zum Abgeordneten des Volksdeputiertenkongresses der RSFSR gewählt.

Unmittelbar nach dem gescheiterten Putsch vom August 1991 ernannte Jelzin Nemzow am 21. August 1991 zum Gouverneur von Nishnij Nowgorod. In dieser Position fiel er durch seine Reformpolitik auf, die Grigorij Jawlinskij für ihn ausarbeitete. Im Dezember 1995 gewann Nemzow die Wahl zum Gouverneur von Nishnij Nowgorod mit knapp 60% der Stimmen. Als Gouverneur war er bis März 1997 zugleich Mitglied des Föderationsrats und dort Stellvertretender Vorsitzender des Komitees des Oberhauses für Fragen der Sozialpolitik.

Von März 1997 bis August 1998 war Nemzow Erster Stellvertretender Regierungschef, zuständig für Sozialpolitik und die natürlichen Monopole (Gas, Öl, Strom), und von April bis November 1997 zugleich Minister für Brennstoffwirtschaft und Energetik. Seit Dezember 1999 ist Nemzow Abgeordneter der Staatsduma und Vorsitzender der URK-Fraktion. Von Januar bis Mai 2000 war er Stellvertretender Staatsdumavorsitzender – ein Amt, das er anlässlich der Übernahme des Fraktionsvorsitzes an Irina Chakamada abtrat.

Anatolij Tschubajs, Jahrgang 1955, begann nach Absolvierung eines Ingenieurstudiums seine Karriere 1990 in St. Petersburg als Wirtschaftsberater des Oberbürgermeisters. Ein Jahr später erhielt er unter Jelzin den Vorsitz des Staatskomitees für Staatseigentum. 1994 wurde Tschubajs Erster Stellvertretender Premier und 1996 Leiter der Präsidialadministration. Während der schweren Krankheit Jelzins und für die Dauer der Rekonvaleszenz nach dessen Herzoperation leitete Tschubajs nicht nur die Präsidialadministration, sondern steuerte auch die präsidialen Funktionen. Von 1997 bis 1998 amtierte er als Finanzminister und Erster Stellvertretender Premier. Seither ist er Vorstandsvorsitzender des größten russischen Stromanbieters JeES Rossii.

**Programm** Das Programm vom 14. Dezember 2001<sup>52</sup> ist nach dem Selbstverständnis der Partei liberalen Werten verpflichtet. Dazu zählt sie persönliche Freiheit und persönliche Verantwortlichkeit, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, Dreiteilung der staatlichen Gewalt, Dezentralisierung der Macht auf der Grundlage der Prinzipien des Föderalismus und der örtlichen Selbstverwaltung, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Kontrolle des Staates durch die Gesellschaft, Privateigentum, wirtschaftliche Freiheit, gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle Bürger sowie Toleranz.

Politische Stabilität ist nach Auffassung der Partei nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und im Rahmen eines demokratischen Staates zu erreichen. Einzig eine liberale Marktwirtschaft kann nach Meinung von URK, die als Partei des Großkapitals gilt, die Akkumulation des Kapitals und die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sicherstellen.

<sup>52</sup> Ebd.

Konkret wird das Programm in seinem Aufruf zu einer etappenweisen Reform der Föderation auf der Grundlage des demokratischen Föderalismus. Nach und nach müssen die Rechte und Verpflichtungen aller Föderationssubjekte angeglichen werden, unter Bewahrung ihrer regionalen und ethno-kulturellen Eigenarten. Der demokratische Föderalismus beinhaltet die strenge Aufteilung der Kompetenzen des Zentrums, der Regionalmacht und der örtlichen Selbstverwaltung, ohne die Einheit des Rechts- und Wirtschaftsraums anzutasten. Die Mehrzahl der Probleme kann und muß – wie es das Subsidiaritätsprinzip fordert – auf der Ebene entschieden werden, wo sie auftreten.

**Finanzierung** Die URK wird vom reichsten Mann Rußlands, dem Milliardär und Vorstandsvorsitzenden des Ölkonzerns Jukos, Michail Chodorkowskij, finanziert, der mittlerweile in Haft ist.<sup>53</sup> Zusätzliche finanzielle Unterstützung erhält die Partei von weiteren 24 Firmen wie Transneft, Interros, Sewerstal, Slawneft, Sual, Alfa-Bank, Bank »Pterokommerz«, JeES Rossii und AFK Sistema.<sup>54</sup> Laut Nemzow darf eine solche Unterstützung jeweils 10% des Parteibudgets nicht übersteigen, damit die Partei nicht von bestimmten Businessgruppen abhängig wird.<sup>55</sup>

**Massenmedien** Seit 2001 gibt die URK die Wochenzeitung *Prawoje delo* [»Rechte Sache«] mit einer Auflage von 50 000 Exemplaren heraus. Die Auflage der Zeitung, die hauptsächlich unter den Mitgliedern verbreitet wird, soll in der Wahlkampfzeit um das Zehnfache erhöht werden.<sup>56</sup>

**Parlamentsarbeit** Bei der Staatsdumawahl erzielte die URK mit 8,5% das viertbeste Ergebnis. Ihre Hochburgen (über 11%) sind die Städte Moskau und St. Petersburg, die Wolga-Gebiete Nishnij Nowgorod und Samara sowie die Industrie- und Ölregionen am Ural, also die Gebiete Perm, Swerdlowsk, Tscheljabinsk und Tomsk sowie die Autonomen Bezirke der Chanten und Masen sowie der Jamalo-Nenzen.<sup>57</sup>

In der Staatsduma stellt URK 31 Abgeordnete (6,89%). Neben dem Stellvertretenden Staatsdumavorsitz (Irina Chakamada) hat die URK den Vorsitz in folgenden 3 der insgesamt 28 Ausschüsse inne: für Gesetzgebung, für Arbeit und Sozialpolitik sowie für Wirtschaftspolitik und Unternehmertum.

Nemzow bemüht sich um die Lösung zweier wichtiger Probleme: des Tschetschenien-Konflikts und der Militärreform. Am 5. Februar 2001 stellte

<sup>53</sup> Vgl. Roland Götz, Rußland und seine Unternehmer. Der Fall Chodorkowskij, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2003 (SWP-Aktuell 45/03).

<sup>54</sup> *Kommersant-Vlast'* [Geschäftsmann-Macht], 7.7.2003.

<sup>55</sup> *Monitoring Teleradioefira. Politik* (WPS), 23.4.2003.

<sup>56</sup> *Nezavisimaja gazeta* [Unabhängige Zeitung], 18.8.2003.

<sup>57</sup> *Central'naja izbiratel'naja komissija Rossijskoj Federacii* (Hg.), *Vybory deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii 1999*, *Elektoral'naja Statistika* [Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation, Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation 1999. Wahlstatistik], Moskau 2000.

er Putin zwei Alternativen zur Beilegung des Tschetschenien-Konflikts vor: entweder eine strenge Herrschaft über die Republik auf zentralistischer Grundlage oder die Teilung der Republik in einen friedlichen und einen weiterhin von kriegerischen Auseinandersetzungen gekennzeichneten Teil.<sup>58</sup> Am 9. August 2001 forderte Nemzow den Präsidenten auf, unverzüglich politische Gespräche mit Repräsentanten der Republik aufzunehmen. In Tschetschenien solle in geheimer Wahl bestimmt werden, wer mit Putin diese Gespräche führen soll. Votiere die Mehrheit für Maschadow, solle Putin eben mit Maschadow sprechen.<sup>59</sup> Am 7. September 2001 konterte Putin in einem Gespräch mit Journalisten mit der Aufforderung an Nemzow, sein Staatsdumamandat zurückzugeben, wenn es ihm nicht innerhalb eines Monats gelinge, die Voraussetzungen für den Beginn politischer Gespräche zu schaffen, nämlich Entwaffnung der tschetschenischen Banditen und die Aushändigung der Waffen an die föderale Macht.<sup>60</sup> Auf einer Konferenz über die politische Lösung des Tschetschenien-Konflikts plädierte Nemzow am 4. März 2002 für die Ausrufung des Ausnahmezustands in Tschetschenien und die Einsetzung eines Generalgouverneurs.<sup>61</sup>

Die tschetschenischen Terroristen, die Ende Oktober 2002 in Moskau im Musical-Theater »Nord-Ost« Geiseln genommen hatten, wollten nur mit Jawlinskij und Chakamada sprechen. Da sich Jawlinskij auf einer Dienstreise außerhalb Moskaus befand, waren sie bereit, statt seiner Nemzow als Gesprächspartner zu akzeptieren, wozu dieser aber nicht bereit war.<sup>62</sup>

Nemzow kritisiert ebenso regelmäßig wie heftig das Verteidigungsministerium und den Generalstab, weil sie die Militärreform verschleppten, wenn nicht gar sabotierten.<sup>63</sup> Er wirft dem Ministerium Halbherzigkeit vor und fordert, daß die Armee in den nächsten drei Jahren auf 400 000 Berufssoldaten reduziert werden solle, ihr Monatssold solle 200 US-Dollar betragen.<sup>64</sup>

Der URK-Ko-Vorsitzende lehnt das präsidiale Gesetzespaket zur Reform der örtlichen Selbstverwaltung ab. Er kritisiert beispielsweise, daß die Amtszeit der Oberbürgermeister nicht – wie bei den Gouverneuren – auf zwei Amtsperioden begrenzt ist. Ferner sehe der Gesetzentwurf keine strenge Aufteilung des Steueraufkommens vor. Nemzow fordert für das kommunale Budget 75% der Einkommensteuer, 100% der Vermögenssteuer und 90% der Lohnsteuer – das ist zweimal mehr, als das Finanzministerium den Kommunen belassen will.<sup>65</sup>

58 Argumenty i fakty [Argumente und Fakten], 14.2.2001.

59 Kommersant.ru, 9.8.2001.

60 Kommersant [Geschäftsmann], 8.9.2001.

61 Polit.ru, 5.3.2002.

62 Komsomolskaja pravda [Komsomol-Wahrheit], 5.11.2002.

63 Vgl. dazu: Hannes Adomeit, Putins Militärpolitik, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2003 (S 16/03).

64 Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 27.5.2003; RFE/RL Newline, 25.4.2003.

65 Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 22.5.2003.

Nemzow unterstützt – ausgelöst durch die Jukos-Affäre, die den Hauptfinanzier der URK betrifft – den Vorschlag des Vorsitzenden der »Russischen Union der Unternehmer und Industriellen«, Aleksandr Wolskij, die Verjährungsfrist für Gesetzesverstöße bei Privatisierungsgeschäften auf drei Jahre zu begrenzen. Im Herbst 2003 will die Partei eine entsprechende Vorlage zur Änderung der einschlägigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in die Staatsduma einbringen.<sup>66</sup>

**Verhältnis zum Kreml** Das Problem der URK besteht darin, daß sie sich nicht entscheiden kann, endgültig in die Opposition zu gehen oder es dabei zu belassen, rhetorische Fragen zu stellen und die Machtorgane nur mit Erlaubnis des Kreml zu kritisieren.

Nemzow wirft Gryslow Bewußtseinsspaltung vor, wenn er als Minister seine eigene Regierung kritisiert. Für Nemzow gilt die Gleichung: Regierung = Kreml + Weißes Haus (Regierungssitz). Deshalb forderte er auch, Putin solle offiziell das Amt des Regierungschefs übernehmen, denn er und nicht Kassjanow leite die Regierung.<sup>67</sup>

**Polittechnologen** Polittechnologe der URK ist der ehemalige Stellvertretende Premier und Generaldirektor von Gasprom-Media, Alfred Koch.<sup>68</sup> Inzwischen ist er Inhaber der Anlagegesellschaft »Montes Auri« (»Goldene Berge«).<sup>69</sup>

**Wahlkampf** Die URK geht mit dem Slogan »Freiheit, Privateigentum und effektiver Staat« in den Wahlkampf und stellt folgende Forderungen:

- ▶ Durchführung der Militärreform und Schaffung einer Berufarmee;
- ▶ Beendigung des Krieges in Tschetschenien;
- ▶ Freiheit für das Unternehmertum;
- ▶ Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft;
- ▶ Schutz der Bürgerrechte vor Angriffen der organisierten Kriminalität und des Staates;
- ▶ zivile Kontrolle der Machtorgane (FSB; Verteidigungsministerium und Innenministerium);
- ▶ strenge Trennung von Staatsmacht und Kapital;
- ▶ Schutz der Bauern vor Agrarbürokraten;
- ▶ Bekämpfung der Propagierung von Gewalt sowie interethnischer und religiöser Hetze in den Massenmedien;
- ▶ Intensivierung der Zusammenarbeit Rußlands mit den GUS-Ländern bei Respektierung der Rechte der Russen und der russischsprachigen Bevölkerung in diesen Ländern sowie der allgemeinen Rechtsgrundsätze.<sup>70</sup>

<sup>66</sup> Vedomosti [Nachrichten], 24.7.2003.

<sup>67</sup> Gazeta [Zeitung], 19.6.2003.

<sup>68</sup> Zur Person Kochs vgl. Eberhard *Schneider*, Das innenpolitische »System« Putins, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2001 (S 25/01), S. 26.

<sup>69</sup> NovayaGazeta.Ru, 7.8.2003.

<sup>70</sup> Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 7.7.2008.

Mit der Strategie »von Haus zu Haus«, welche die URK-Ko-Vorsitzende Irina Chakamada vorstellte, sollen möglichst viele Menschen angesprochen werden, vor allem Angehörige des Mittelstands, der von der Marktwirtschaft profitiert hat und zu bescheidenem Wohlstand gelangt ist. Mehr als 25 000 Wahlhelfer sollen in den Regionen mobilisiert werden. Die beiden anderen Führungsfiguren von URK sollen im Hintergrund bleiben, weil ihr Image belastet ist: Jegor Gajdar, der von der Bevölkerung als Hauptverantwortlicher – er war Stellvertretender Premier unter Jelzin – für die schockartige Preisfreigabe am 2. Januar 1992 im Rahmen der Wirtschaftsreform angesehen wird, die eine Hyperinflation sowie eine massenhafte Verarmung der Bevölkerung zur Folge hatte, und Anatolij Tschubajs, der 1992 als Vorsitzender des Staatskomitees für die Verwaltung des Staatseigentums im Ministerrang als erste Privatisierungsmaßnahme massenhaft Voucher zum Erwerb von Staatseigentum ausgeben ließ. Diese Voucher wurden von den späteren Oligarchen für ein Trinkgeld aufgekauft und bildeten den Grundstock für den anschließenden Erwerb und Aufbau ihrer Firmen.

**Spitzenkandidaten** Auf ihrem III. Parteitag am 8. September 2003 stellte die URK folgende Spitzenkandidaten auf – Platz 1: Nemzow, Platz 2: Chakamada, Platz 3: Tschubajs.<sup>71</sup>

## Alte Parteien

### »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« (KPRF)

**Entstehung** Die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« (KPRF) entstand am 13./14. Februar 1993 durch Wiederbegründung der »Kommunistischen Partei der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik«. Die Namensänderung war notwendig geworden, weil die RSFSR als Unionsrepublik der Sowjetunion nach deren Auflösung ein selbständiger Staat geworden war.

**Organisation** Nach eigenen Angaben hat die KPRF 550 000 Mitglieder in 20 000 Grundorganisationen (in 88 Föderationssubjekten außer Tschechien)<sup>72</sup> und ist damit die größte politische Partei der Russischen Föderation. 2001 waren 17 000 Parteieintritte zu verbuchen, im Jahr darauf 18 000. Der Trend zur Überalterung ist mittlerweile aufgehalten worden: Von den 18 000 neuen KPRF-Mitgliedern 2002 waren 80% jünger als 40 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Parteimitglieder sank von 60 Jahren (1993) auf 55 Jahre (September 2003).<sup>73</sup>

<sup>71</sup> ITAR-TASS, engl., 8.9.2003.

<sup>72</sup> *Rossijskoe informacionnoe agentstvo »Novosti«* [Russische Nachrichtenagentur »Nowosti«] (Hg.), *Spravočnik* [Handbuch], Vypusk No. 2 [Ausgabe Nr. 2], *Obščestvenno-političeskie dviženija i partii v Rossii* [Gesellschaftlich-politische Bewegungen und Parteien in Rußland], Moskau, November 1996, S. 19.

<sup>73</sup> *Moscow Times*, 8.9.2003.

Die Partei hat mit einigen Problemen zu kämpfen: Trotz ihres ideologischen Anspruchs hat sie den Kontakt zur Arbeiterklasse weitgehend verloren. Das liegt vor allem an der Arbeiterklasse selbst, die nach dem Zusammenbruch ganzer Industriebereiche desorientiert ist und sich passiv verhält. Die KPRF ist mehr eine Partei des öffentlichen Dienstes geworden (wenn der deutsche Begriff auf die entsprechende Personengruppe in Rußland überhaupt angewandt werden kann).<sup>74</sup> Erschwerend kommt die geringe soziale Mobilisierungsfähigkeit der KPRF hinzu, die darauf zurückzuführen ist, daß die früheren organischen Verbindungen zu flankierenden gesellschaftlichen Organisationen abgerissen sind.

Die Anhängerschaft der KPRF setzt sich, wie Tabelle 3 zeigt, zu drei Vierteln aus Reformverlierern zusammen, mit 62,1% hat sie auch den höchsten Prozentsatz an Anhängern mit niedrigem Lebensstandard. Den zweithöchsten Anteil an Reformverlierern hält mit 51,2% die LDPR. Die Parteien der Reformgewinner sind mit 27,1% bzw. 22,9% Jabloko und URK. Als einzige Partei weist die URK unter ihrer Anhängerschaft Personen mit hohem materiellem Niveau auf, auch wenn ihr Anteil nur 2,1% beträgt.

**Tabelle 3**  
**Wirtschaftlich-soziale Situation der Anhänger der führenden Parteien (in %)**

Gruppen	Mittelwert aller	ER	KPRF	Jabloko	URK	LDPR
Reformgewinner/ Reformverlierer						
Verlierer	47,2	46,0	75,7	35,6	16,7	51,2
weder Verlierer noch Gewinner	27,5	27,4	16,0	30,5	39,6	30,2
Gewinner	6,7	11,5	1,0	27,1	22,9	4,7
Einkommen/ Vermögen						
hoch	0,3	0,4	-	-	2,1	-
mittel	35,7	44,4	23,3	52,5	50,0	54,5
niedrig	54,6	49,3	62,1	45,8	47,9	40,9
Armut	9,3	5,8	14,6	1,7	-	4,5

Quelle: Politbjuro, 7.7.2002. Die Umfrage wurde im Juni 2003 unter 1800 Personen in 55 Städten, Dörfern und Siedlungen durchgeführt.

Die Hochburgen der KPRF bei der letzten Staatsdumawahl 1999, die ihr einen Stimmenanteil von mehr als 35% bescherten, sind die kaukasischen Republiken Adygeja, Dagestan, Nord-Ossetien und Karatschajewo-Tscherkessien, das kaukasusnahe Gebiet Krasnodar, im Wolga-Gebiet die Repu-

<sup>74</sup> Korgunjuk, Rußland: die Parteien vor den Parlamentswahlen [wie Fn. 27], S. 69.



blik Tschuwaschien, im Fernen Osten der Kraj Altaj sowie die Gebiete im »roten Gürtel« um Moskau: Brjansk, Lipezk und Orjol.<sup>75</sup>

Seit dem Parteiausschluß des Vorsitzenden der Staatsduma, Gennadij Selesnjow, im Jahr 2002, dem nicht alle KPRF-Führungsmitglieder zustimmten, zerfällt die KPRF in zwei sich gegenseitig bekämpfende Lager. Selesnjow war nicht bereit gewesen, aus Solidarität mit denjenigen Mitgliedern der KPRF-Fraktion zurückzutreten, die in ihrer Funktion als Vorsitzende wichtiger Staatsdumakomitees abgewählt worden waren (siehe unten, S. 38). Zu dem von Sjuganow angeführten Lager, das den Ausschluß Selesnjows durchsetzte, gehört sein Stellvertreter und KPRF-Wahlkampfleiter Iwan Melnikow sowie der Schattenfinanzier Wiktor Widmanow (siehe unten, S. 36).

Die rivalisierende Gruppe wird vom Ersten Stellvertretenden KPRF-Vorsitzenden und Chefideologen Walentin Kupzow angeführt, der zugleich Stellvertretender Vorsitzender der KPRF-Fraktion ist. Zu dieser Gruppe gehören ferner der Stellvertretende Staatsdumavorsitzende, Gennadij Semigin, sowie der Vorsitzende der »Volkspatriotischen Union Rußlands«, Sergej Glasjew.<sup>76</sup> Glasjew war unter Jegor Gajdar Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen und ist jetzt Vorsitzender des Ausschusses der Staatsduma für Wirtschaftspolitik und Unternehmertum.

Kupzow bedient sich ihm ergebener regionaler KP-Führer, um Sjuganow dafür zu kritisieren, daß er gegenüber den Oligarchen zu freundlich sei. Zugleich möchte er Sjuganow als Parteivorsitzenden durch Glasjew ersetzen.<sup>77</sup> Weder Kupzow noch Glasjew sind vom Wahlparteitag für einen der ersten drei Plätze auf der föderalen KPRF-Liste nominiert worden (siehe unten, S. 40). Daraus ist zu schließen, daß Kupzow vorerst den Machtkampf mit Sjuganow verloren hat.

**Statut** In ihrem auf dem II. Parteitag 1993 angenommenen und auf dem VIII. Parteitag 2002 zuletzt ergänzten Statut<sup>78</sup> bekennt sich die KPRF zum Leninschen Prinzip des demokratischen Zentralismus, das folgendermaßen interpretiert wird:

- ▶ Wahl aller Parteiorgane von unten nach oben;
- ▶ periodische Rechenschaftslegung der gewählten Organe gegenüber ihren Wählern und gegenüber höheren Parteiorganen;
- ▶ Kollegialität und *Glasnost* aller Parteiorganisationen und -organe;
- ▶ Freiheit der Kritik;
- ▶ Selbständigkeit der Parteiorganisationen bei ihrer eigenen Tätigkeit;
- ▶ Parteidisziplin;
- ▶ Recht der Minderheit auf die Darlegung ihrer Meinung bei der Vorbereitung einer Entscheidung, aber Unterwerfung der Minderheit, nachdem die Entscheidung im Sinne der Mehrheit getroffen worden ist;

<sup>75</sup> Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 1.9.2003.

<sup>76</sup> Versija [Version], 1.9.2003.

<sup>77</sup> RFE/RL Newline, 7 (5.9.2003) 169.

<sup>78</sup> Ustav KPRF. Homepage: <<http://www.kprf.ru/s447.shtml>>.

- ▶ Verbindlichkeit der Entscheidungen der höheren Leitungsorgane für die niedrigeren.

Wie der Streit innerhalb der KPRF zeigt, kann von einem Leninschen Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Praxis nicht mehr die Rede sein.

Das höchste Organ der KPRF ist der Parteitag, der alle vier Jahre abzuhalten ist. Er wählt das Zentralkomitee (ZK), das zwischen den Parteitagen die Partei leitet. Mit der Erledigung der laufenden Aufgaben zwischen seinen alle vier Monate stattfindenden Plenarsitzungen beauftragt das ZK das von ihm gewählte Präsidium. Diese Struktur und Aufteilung der Zuständigkeiten entspricht jenen der ehemaligen KPdSU: die Funktionen des ehemaligen Zentralkomitees nimmt das neue ZK wahr, die des vormaligen Politbüros das Präsidium des ZK. Der Parteivorsitzende wird vom ZK gewählt.

**Vorsitz** Parteivorsitzender ist seit 1993 Gennadij Andrejewitsch Sjuganow. 1944 im Gebiet Orjol geboren, absolvierte er 1969 das Pädagogische Institut in Orjol – 1969 war Sjuganow ein Jahr Dozent am Lehrstuhl für Physik und Mathematik dieses Instituts –, promovierte 1980 in Philosophie und schloß 1981 seine Ausbildung bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU in Moskau ab. Im Anschluß an Kom-somol- und KPdSU-Funktionen in Orjol schaffte Sjuganow 1983 den Sprung nach Moskau als Instrukteur der Ideologischen Abteilung des ZK der KPdSU für die Stadt und das Gebiet Moskau sowie für den Nord-Kaukasus. Über die Karrierestufen eines Verantwortlichen Organisators und Sektoreleiters avancierte Sjuganow 1989 schließlich zum Stellvertretenden Abteilungsleiter.

Angesichts der Unabhängigkeitsbestrebungen der Unionsrepubliken sah Sjuganow es 1990 als notwendig an, eine KP der RSFSR als »politisches Auffangbecken« für die KPdSU zu gründen, die allerdings der Perestrojka-Politik Gorbatschows kritisch gegenüberstand. Von 1990 bis 1991 gehörte Sjuganow dem Politbüro des ZK dieser neuen Partei an und war deren Ideologie-Sekretär. Im Juli 1991 beteiligte er sich an der Abfassung des nationalistischen Manifests »Ein Wort an das Volk«, das den August-Putsch von 1991 ideologisch mit vorbereitete. 1993/94 war Sjuganow Vorsitzender der nationalistischen »Front der nationalen Rettung«, 1992 Ko-Vorsitzender der nationalistischen »Russischen Nationalversammlung« und 1996 der »National-patriotischen Union«. Seit Januar 1994 leitet er die KPRF-Fraktion der Staatsduma.

Aus der Lektüre seiner Bücher<sup>79</sup> läßt sich Sjuganows politisches Weltbild folgendermaßen umschreiben: »Im Zentrum [...] steht Rußland als eigenständige Zivilisation; ihr staatlicher Träger ist die russische Großmacht. Dem russischen sozialen Koloß, bestimmt von Kollektivismus und Gerech-

<sup>79</sup> Gennadij *Zjuganov*, *Deržava* [Großmacht], Moskau 1994; *ders.*, *Za gorizontom* [Hinter dem Horizont], Moskau 1995; *ders.*, *Rossija i sovremennyj mir* [Rußland und die moderne Welt], Moskau 1995; *ders.*, *Rossija – rodina moja. Ideologija gosudarstvennogo patriotizma* [Rußland – meine Heimat. Ideologie des Staatspatriotismus], Moskau 1996.

tigkeitssinn, tritt als geographischer Rivale der Westen, geführt von der Supermacht USA, gegenüber. Der Westen hat im vergangenen Jahrzehnt – unterstützt durch die Reformen und Demokraten im Land selbst – die Sowjetunion als geopolitisches Kraftfeld ausgeschaltet. Aufgabe der russischen Politik ist es jetzt, die seit Jahrzehnten bestehende politische Balance wiederherzustellen und eine Diktatur des Westens über die Welt zu verhindern. Die Wiederherstellung einer Union als Nachfolger der UdSSR ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Die Rivalität mit dem Westen schließt eine Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichheit keineswegs aus.«<sup>80</sup>

Der Kapitalismus ist nach Auffassung Sjuganows mit der Mentalität des russischen Volkes unvereinbar.<sup>81</sup> Der Westen mit seiner ozeanisch-atlantischen Zivilisation konkurrierte mit der kontinental-eurasischen Zivilisation Rußlands. Ökonomischer Träger der westlichen Zivilisation ist nach Sjuganow die kosmopolitische Handels- und Finanzoligarchie, die nach Weltherrschaft strebe. »Als ihr weltanschaulicher Träger dient die liberaldemokratische Ideologie. Deren Grundzüge sind: extremer Individualismus, militante Ungeistigkeit, religiöser Indifferentismus, Ergebenheit gegenüber der Massenkultur, Antitraditionalismus und die Vorherrschaft des quantitativen Prinzips gegenüber dem qualitativen.«<sup>82</sup>

Trotz seiner gegenwärtigen Erfolge ist der Kapitalismus nach Ansicht Sjuganows »an die Grenzen seiner Möglichkeiten« gelangt. Die wachsende Zahl der Konflikte des Westens – der »goldenen Milliarde« – mit der Rohstoffe liefernden und ausgebeuteten Peripherie verlangten ebenso wie die erreichten ökologischen Grenzen eine vollständige Neuordnung von Produktion und Konsum, neue Prioritäten in der ökonomischen Entwicklung und ein »neues System der gesellschaftlichen Werte«. Diese wesentlichen und objektiven Erfordernisse der weiteren globalen Entwicklung würden zum Sieg des Sozialismus und Kommunismus führen.<sup>83</sup>

**Programm** In ihrem auf dem III. Parteitag 1995 angenommenen und auf dem IV. Parteitag 1997 ergänzten Programm<sup>84</sup> bezeichnet die KPRF den Kommunismus als die »historische Zukunft der Menschheit«. Die Partei läßt sich nach wie vor von der »entwickelten marxistisch-leninistischen Lehre« und der »materialistischen Dialektik« leiten. Sie will auf der Grundlage der schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus die sozialistische Gesellschaft aufbauen, die die KPRF in der Präambel ihres

<sup>80</sup> Gerhard *Simon*, Gennadij Sjuganow, in: Die politische Meinung, (1996) 318, S. 17–23.

<sup>81</sup> Gennadij *Zjuganov*, *Za gorizontom* [Hinter dem Horizont], Moskau 1995, S. 70–72.

<sup>82</sup> Ebd., S. 52f.

<sup>83</sup> Ebd., S. 62f.

<sup>84</sup> Programma Kommunističeskoj partii Rossijskoj Federacii [Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation]. Dopolnenija i izmenija prinjatye IV s-ezdom KPRF 20 aprelja 1997 goda [Ergänzungen und Änderungen, angenommen auf dem IV. Parteitag der KPRF am 20. April 1997], in: IV S-ezd Kommunističeskoj partii Rossijskoj Federacii 19–20 aprelja 1997 goda [IV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation 19.–20. April 1997]. Materialy i dokumenty [Materialien und Dokumente], Moskau 1997, S. 74–92.

Statuts als eine »Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit nach den Prinzipien des Kollektivismus, der Freiheit, der Gleichheit« definiert.

Die KPRF will den Staat wieder durch Sowjets leiten lassen, die sowohl die Funktion der Legislative als auch die der Exekutive in sich vereinigen, was eine Ablehnung der Gewaltenteilung bedeutet. Die Partei ist für die »Festigung des föderativen multinationalen Staats«.

Der Wirtschaftskurs soll geändert, Produktion wie Einkommen sollen durch das Volk kontrolliert werden. Für die lebensnotwendigen Nahrungsmittel und Industriewaren sollen niedrige stabile Preise garantiert werden. Dem Volk werden die sozio-ökonomischen Rechte auf Arbeit, Erholung, Wohnung, kostenlose Bildung, medizinische Versorgung sowie Altersversorgung zugesichert. Mit Hilfe von Komplexprogrammen soll die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Die Privatbanken und sonstigen Finanzinstitutionen sollen einer strikten staatlichen Kontrolle unterworfen werden.

Um die »Plünderung« des staatlichen Eigentums zu beenden, soll das Außenhandelsmonopol des Staates für strategisch wichtige Güter, darunter Rohstoffe, wieder eingeführt werden. Die russische Außenpolitik soll unabhängig sein und sich an den nationalstaatlichen Interessen des Landes orientieren. Die internationale Autorität Rußlands ist zu stärken.

**Finanzierung** Die KPRF finanziert sich als mitgliederstärkste Partei hauptsächlich aus den Mitgliedsbeiträgen. Hinzu kommen Spenden, zum Beispiel vom größten russischen Ölkonzern Jukos,<sup>85</sup> der insgesamt 70 Mio. US-Dollar gespendet hat, und von anderen Firmen und Oligarchen, angeblich auch vom im Londoner Exil lebenden Boris Beresowskij, der auf diese Weise Putin schaden will. Ein weiterer Finanzier der Partei, der nicht als solcher in Erscheinung treten will, ist Wiktor Widmanow, Vorstandsvorsitzender der Baufirma für den Landwirtschafts-Industrie-Komplex »Ros-agropromstroj AG« sowie der Agropromstrojbank, welche die entsprechenden Bauvorhaben finanziert. Das hinderte ihn jedoch nicht daran, als Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF zu amtieren.

**Massenmedien** Die KPRF wirft dem Kreml – wie schon früher – Informationsblockade vor, weil sie zum einzigen wirklichen Massenmedium, dem Fernsehen, praktisch keinen Zugang hat. Der letzte private Fernsehsender TWS wurde Ende Juni 2003 geschlossen. Allerdings steht die KPRF mit ihren sechs zentralen Printmedien<sup>86</sup> unter allen in der Staatsduma vertretenen Parteien am besten da: Die größte kommunistische Tageszeitung ist *Sovetskaja Rossija* [»Sowjetrußland«], die mit einer Auflage von 300 000 Exemplaren dreimal in der Woche erscheint. Formal gehört die Zeitung nicht der KPRF, sondern den Journalisten, die sie gegründet haben und die freiwillig mit der KPRF zusammenarbeiten. Ähnlich sind die Beziehungen

<sup>85</sup> <<http://www.newsru.com>>.

<sup>86</sup> Die »volks-patriotischen« – wie die KPRF sie nennt – zentralen Partei- oder parteinahen Organe sind: *Pravda* [Wahrheit], *Pravda Rossii* [Wahrheit Rußlands], *Duma*, *Sovetskaja Rossija* [Sowjetrußland], *Zavtra* [Morgen], *Političeskoe Prosveščenie* [Politische Aufklärung].

der KPRF zu den Wochenzeitungen *Pravda* [»Die Wahrheit«] und *Zavtra* [»Morgen«] (Auflage jeweils 100 000 Exemplare). Die offizielle Zeitung der KPRF ist *Pravda Rossii* [»Die Wahrheit Rußlands«] mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren. Ferner verfügt die Partei über ein breites Netz an regionalen Zeitungen.<sup>87</sup> Auch wenn für den Zeitpunkt des offiziellen Wahlkampfbeginns über eine Erhöhung der Auflage von *Sovetskaja Rossija* nachgedacht wird, erreicht die KPRF mit ihren Printmedien nicht den Verbreitungsgrad des Fernsehens.

**Parlamentsarbeit** Die KPRF konnte sich bei der Staatsdumawahl 1999 gegenüber der letzten Staatsdumawahl 1995 nur geringfügig um zwei Prozentpunkte von 22,3% auf 24,3% verbessern, hatte aber bei der ersten Staatsdumawahl von 1993 lediglich 12,4% der Stimmen erhalten. Die teilweise überalterte Stammwählerschaft hatte am Ergebnis von 1999 einen Anteil von etwa 12%. Die andere Hälfte ihrer Stimmen bekam die Partei von Personen, welche die KPRF nicht aus Überzeugung wählen, sondern aus Protest gegen die Politik des Kreml.<sup>88</sup>

**Tabelle 4**

**Wahlergebnisse der Parlamentsparteien und -bewegungen sowie der Präsidentschaftskandidaten, 1991–2000 (in %, Anzahl der Direktmandate in eckigen Klammern)<sup>a</sup>**

Wahl	Bär/Einheit / Putin	KPRF/ Sjuganow	URK	Jabloko/ Jawlinskij	LDPR/ Shirinowskij
Präsidentenwahl 1991	–	–	–	–	7,8
Staatsdumawahl 1993	–	12,4 [13]	–	7,9 [7]	22,8 [4]
Staatsdumawahl 1995	–	22,3 [58]	–	6,9 [14]	11,2 [1]
Präsidentenwahl 1996					
1. Wahlgang	–	32,0	–	7,3	5,7
Präsidentenwahl 1996					
2. Wahlgang	–	40,3	–	–	–
Staatsdumawahl 1999	23,3 [9]	24,3 [46]	8,5 [5]	5,9 [4]	6,0 [0]
Präsidentenwahl 2000	52,9	29,2	–	5,8	2,7

a Reihenfolge entsprechend den Ergebnissen bei der Präsidentenwahl 2000.

Die KPRF-Fraktion zählt 83 Abgeordnete, was einem Anteil von 18,44% der Sitze entspricht. Das Lager der Kommunisten käme in der Staatsduma, wenn es die ihm nahestehende Gruppe »Landwirtschaft und Industrie« hinzugewönne, auf 29,3%. Das neue Kräfteverhältnis in der Staatsduma, das mit dem Zustandekommen der Abstimmungsgemeinschaft unter Füh-

<sup>87</sup> Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 18.8.2003.

<sup>88</sup> *Korgunjuk*, Rußland: die Parteien vor den Parlamentswahlen [wie Fn. 27], S. 69.

rung von »Einheit« entstanden ist, wurde Anfang April 2002 dazu genutzt, den prokommunistischen Leiter des riesigen Staatsduma-Apparats abzusetzen, der dem Staatsdumavorsitzenden zugeordnet ist. Dieser Apparat zählt knapp 2000 Mitarbeiter, die nicht nur technische Funktionen haben. Er verfügt zudem über umfangreiche materielle Ressourcen und beeinflusst maßgeblich den Prozeß des Einbringens von Gesetzesvorlagen.

Im Jahr 2002 nahm die präsidentenfreundliche Fraktion »Einheit« den Staatsduma- und KPRF-Vorsitzenden Selesnjow unter Kritik und warf ihm vor, den riesigen Apparat der Staatsduma weitgehend mit KPRF-Parteigängern besetzt zu haben (die Ausschüsse mit ihren eigenen Apparaten nutzten die Kommunisten auch für ihre Parteiarbeit). Die Fraktion forderte Selesnjows Rücktritt. Unmittelbar nach der letzten Staatsdumawahl 1999 hatte »Einheit« auf ihrer konstituierenden Sitzung am 18. Januar 2000 mit der KPRF noch gemeinsame Sache gemacht, den Kommunisten Selesnjow erneut als Staatsdumavorsitzenden bestätigt und der KPRF den Vorsitz in neun Parlamentskomitees überlassen. Für sich selbst hatte sie die Leitung von sieben Komitees reklamiert.<sup>89</sup>

Nach einer Abstimmung in der Duma 2002 mußten die Kommunisten den Vorsitz in sieben Ausschüssen abgeben. Die KPRF leitet jetzt nur noch den Ausschuß für Angelegenheiten der gesellschaftlichen Vereinigungen und religiösen Organisationen.

Auf dem ZK-Plenum im April 2002 wurde beschlossen, daß Selesnjow als Mitglied der KPRF-Fraktion den Staatsdumavorsitz niederlegt und daß die neun kommunistischen Ausschußvorsitzenden zurücktreten. Selesnjow und zwei Ausschußvorsitzende weigerten sich jedoch, dem ZK-Beschluß Folge zu leisten, woraufhin sie auf dem ZK-Plenum Ende Mai 2002 aus der Partei ausgeschlossen wurden. Die beiden Ausschußvorsitzenden behielten jeweils ihren Vorsitz als Parteiose (Ausschuß für Angelegenheiten der Frauen, Familie und Jugend sowie Ausschuß für Kultur und Tourismus). Immerhin ein Viertel der ZK-Mitglieder hatte gegen den Ausschluß gestimmt und damit die bestehende Unzufriedenheit mit dem Kurs von Parteichef Gennadij Sjuganow zum Ausdruck gebracht.

Die KPRF-Fraktion kritisiert den Reformkurs der Regierung. Viermal versuchte sie in der Staatsduma, der Regierung förmlich das Mißtrauen auszusprechen. Aber sie verfehlte jedesmal die erforderliche Mehrheit: sowohl im Oktober 1994, im Juni und Juli 1995 wie auch – in einem gemeinsam mit der Jabloko-Fraktion eingebrachten Antrag gegen die Regierung Kassjanow – im Juni 2003. Im Juni 2003 lautete das Duma-Votum: 172 Ja-Stimmen, 163 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen; 109 Abgeordnete nahmen nicht an der Abstimmung teil.<sup>90</sup> Erforderlich wären nach Verfassungsartikel 117 Absatz 3 mindestens 226 Ja-Stimmen.<sup>91</sup>

<sup>89</sup> Vgl. dazu Eberhard *Schneider*, Die russische Staatsdumawahl 1999, Köln 2000 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 3/2000), S. 35–37.

<sup>90</sup> Interfax, russ., 18.6.2003. Begründet wurde der Mißtrauensantrag mit der Unfähigkeit der Regierung, für eine qualitative Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung zu sorgen, mit ihrer unsozialen Politik (Aufhebung der föderalen Lohngarantien für die im

Ebenfalls viermal hatte die KPRF-Fraktion erfolglos versucht, das Verfahren zur Absetzung von Präsident Boris Jelzin einzuleiten: 1994, 1995, 1997 und 1998. Scharf kritisiert die KPRF-Fraktion den Tschetschenien-Krieg.

In der zweiten Legislaturperiode von 1995 bis 1999 verhielt sich die KPRF-Fraktion konformistischer. So stimmte sie nach der Präsidentenwahl im August 1996 bereits im ersten Abstimmungsgang der Wiederberufung von Wiktor Tschernomyrdin zum Regierungschef zu. Im April 1998 votierten einige KPRF-Abgeordnete für den damaligen neuen Regierungschef Kirijenko, obwohl das Zentralkomitee beschlossen hatte, daß die Fraktion gegen ihn stimmt.

Der ehemalige langjährige Jabloko-Abgeordnete und engagierte Demokrat Wiktor Schejnis fällt folgendes zutreffendes Urteil über die KPRF: »Angesichts eines bürokratischen Apparats auf höchster und mittlerer Ebene, eines Vorsitzenden, der überhaupt nicht mehr in die heutige Zeit paßt und dennoch unersetzlich erscheint, und angesichts ihres Festhaltens an aussterbenden Kräften und Ideen ist die KPRF eine vormals anti-parlamentarische und heute allenfalls nichtparlamentarische Kraft.«<sup>92</sup>

**Verhältnis zum Kreml** Trotz ihrer teilweise noch immer radikalen programmatischen Forderungen ist die KPRF inzwischen zu einer Systempartei geworden, die – wenn sie an die Macht käme – das politische Rad nicht wieder in Richtung Sowjetunion zurückdrehen würde. Da sie schon nicht den Präsidenten stellen kann, würde sich die KPRF auch damit begnügen, an der Macht teilzuhaben. Mit 15 Gouverneuren besitzt die Partei eine starke regionale Machtposition.

Die KPRF steht in einem konstruktiven Dialog mit dem Kreml. Doch die bevorstehenden Staatsduma- und Präsidentenwahlen veranlassen die KPRF zu scharfer Anti-Kreml-Rhetorik, die zum Teil schärfer ist als zu Jelzins Zeiten.

**Polittechnologen** Polittechnologen der KPRF sind der ehemalige Manager des großen russischen Ölkonzerns Jukos, Ilja Ponomarjow, der dort die Tochter »Sibintek« leitete und für die Computerverbindung aller Tochter-

öffentlichen Dienst Beschäftigten, dilettantische Reform der kommunalen Wohnungswirtschaft), mit der Parteinahme für die Interessen der Großindustrie und der Oligarchen und mit dem Versagen bei der Lösung der brennendsten Probleme der Armee, bei der Gewährleistung der Staatssicherheit, der Kontrolle der Kriminalität und bei der Verwaltungsreform; vgl. Zajavlenie deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii, 4.6.2003 [Erklärung der Abgeordneten der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation], <<http://www.yabloko.ru/Press/Docs/2003/0612-otstavka.html>>.

<sup>91</sup> *Ėkonomičeskaja gazeta* [Wirtschaftszeitung], 2.7.2003.

<sup>92</sup> Viktor Šejnis, Zehn Jahre parlamentarische Erfahrung im postsowjetischen Russland – eine (persönliche) Zwischenbilanz, in: Ellen Bos/Margareta Mommsen/Silvia von Steinsdorff (Hg.), *Das russische Parlament. Schule der Demokratie?*, Opladen 2003, S. 103.

firmen der Jukos-Holding zuständig war, sowie der Gründer und Hauptideengeber der Internetzeitungen *ricn.ru* und *cremlin.ru*, Jaroslaw Grekow.<sup>93</sup>

**Wahlkampf** Sjuganow ist es nicht gelungen, den Vorsitz in der »Volks-patriotischen Union Rußlands«, einem links-patriotischen Sammelbecken, zu behalten. An seiner Stelle wählte die Union am 31. Mai 2003 Glasjew zum neuen Vorsitzenden.<sup>94</sup> Sjuganow kann sich nun nicht mehr auf das Wählerpotential der Union stützen.

Glasjew, dessen Ansichten sich nach eigener Aussage nicht von denen der Kommunisten unterscheiden, hat für sein Wahlbündnis den ehemaligen Zentralbankchef Wiktor Geraschtschenko und den Chef der Luftlandetruppen, Georgij Schpak, gewonnen, die er an der Leitung des Bündnisses als Ko-Vorsitzende beteiligt. Leonid Iwantschenko, Stellvertretender KPRF-Vorsitzender, hat geäußert, daß die KPRF immer noch versucht, Glasjew mit seinem Bündnis auf die eigene Seite zu ziehen. Die Partei erhebt allerdings den Vorwurf, daß Glasjews Bündnis von Anfang an vom Kreml unterstützt worden sei, um der KPRF Stimmen wegzunehmen.<sup>95</sup>

Zum ersten Mal bei einer Statsdumawahl will die kommunistische Splittergruppe »Russische Partei der Kommunisten« (RKRP-RPK) mit der KPRF zusammengehen. Diese Gruppe hatte bei der letzten Staatsdumawahl immerhin 2,2% der Stimmen erhalten. Ferner konnte die KPRF für ihre Kandidatenliste den Vorsitzenden des Staatsduma-Ausschusses für Kultur, Nikolaj Gubenko, und den ehemaligen Generalstaatsanwalt, Jurij Skuratow, gewinnen.<sup>96</sup>

**Spitzenkandidaten** Auf ihrem 9. Parteitag am 6. September 2003 stellte die KPRF folgende Spitzenkandidaten auf – Platz 1: Sjuganow, Platz 2: Senator Nikolaj Kondratenko, der den Kraj Krasnodar vertritt und dort während seiner früheren Gouverneurszeit durch antisemitische Äußerungen auffiel; Platz 3: der Vorsitzende der KPRF-nahen Abgeordnetengruppe »Landwirtschaft und Industrie«, Nikolaj Charitonow.<sup>97</sup>

### »Jabloko«

**Entstehung** Der »Block: Jawlinskij – Boldyrew – Lukin«, russisch frei abgekürzt »Jabloko« (zugleich das russische Wort für »Apfel«), entstand im Oktober 1993. Unter Führung von Grigorij Jawlinskij, Jurij Boldyrew und Wladimir Lukin schlossen sich in diesem Block einige kleinere Parteien zusammen, darunter die »Republikanische Partei der Russischen Föderation«, die »Sozialdemokratische Partei der Russischen Föderation« und die »Christlich-demokratische Union«.

<sup>93</sup> NovayaGazeta.Ru, 7.8.2003.

<sup>94</sup> Novye izvestija [Neue Nachrichten], 19.8.2003.

<sup>95</sup> The Moscow Times, 27.8.2003.

<sup>96</sup> Kommersant [Geschäftsmann], 27.8.2003.

<sup>97</sup> RFE/RL Newslines, 7 (8.9.2003) 170, Part I.



**Organisation** Im Juli 2003 hatte die Partei 62 690 Mitglieder mit 600 Grundorganisationen und 300 örtlichen Organisationen in 74 Föderations-subjekten. 44 Parteimitglieder sind Abgeordnete in regionalen Parlamenten, 17 Staatsduma-Abgeordnete.<sup>98</sup>

Ein Zusammenschluß von Jabloko und URK würde naheliegen, entsprechende Initiativen sind aber stets von Jawlinski mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß die soziale Basis beider Parteien unterschiedlich sei und eine Union weniger Stimmen bekäme als die beiden getrennt antretenden Parteien. Insofern sei ein Zusammenschluß für das liberale Lager die schlechtere Alternative.<sup>99</sup> Jabloko zielt auf gebildete Angestellte des öffentlichen Dienstes, die nicht zu den Gewinnern der Reformen gehören, während die URK vornehmlich auf Unternehmer ausgerichtet ist, die infolge der Reformen zu beträchtlichem Wohlstand gelangt sind.<sup>100</sup>

Innerhalb der Partei ist die Lage insofern gespannt, als Jawlinskij nicht bereit ist, eine schonungslose Diskussion über die Ursachen des schlechten Abschneidens bei der Staatsdumawahl 1999 zuzulassen. Befürchtet er doch, daß im Zuge einer solchen Diskussion sein Parteivorsitz in Frage gestellt werden könnte. Mehrere Personen von Format haben Jabloko inzwischen verlassen, zum Beispiel Wjatscheslaw Igrunow, der zur engsten Umgebung Jawlinskij gehörte und der eigentliche Architekt der Partei war.<sup>101</sup> Einige von ihnen haben die Bewegung »Jabloko ohne Jawlinskij« ins Leben gerufen.

**Statut** Das oberste Organ der Partei ist laut Statut<sup>102</sup> der alle vier Jahre tagende Parteitag. In der Zeit zwischen den Parteitagen übt der halbjährlich zusammentretende Föderale Rat die politische Führungsfunktion aus. In der übrigen Zeit fungiert sein Büro als Leitungsorgan der Partei.

**Vorsitz** Die herausragende Führungsfigur der Partei seit 1993 ist Grigorij Aleksejewitsch Jawlinskij. 1952 im westukrainischen Lwiw (Lemberg) geboren, absolvierte er 1973 das angesehene Moskauer Plechanow-Institut für Volkswirtschaft und promovierte 1978. Seine wissenschaftliche Karriere begann er 1976 in einem Institut der Verwaltung für Kohle-Industrie, die er in Forschungsinstituten des Staatskomitees der UdSSR für Arbeit und Sozialfragen fortsetzte. 1988 stieg Jawlinskij bis zum Abteilungsleiter auf und wechselte 1989 wiederum als Abteilungsleiter in die Staatliche Kommission für Wirtschaftsreformen beim Ministerrat der UdSSR. Von Juli bis September 1990 war er Stellvertretender Regierungschef der RSFSR und konzipierte das »500-Tage«-Programm zur Einführung der Marktwirtschaft mit, das aber von Gorbatschow nicht akzeptiert wurde. Anschließend war Jawlinskij Vorsitzender des Staatskomitees der RSFSR für Wirtschaftsreform, dann Wirtschaftsberater des Vorsitzenden des Ministerrats der

<sup>98</sup> Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 25.8.2003.

<sup>99</sup> RFE/RL Newline, 13.3.2003.

<sup>100</sup> Korgunjuk, Rußland: die Parteien vor den Parlamentswahlen [wie Fn. 27], S. 67.

<sup>101</sup> Nezawisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 23.5.2003.

<sup>102</sup> <<http://www.yabloko.ru>>.

RSFSR. 1992 gründete Jawlinskij das Zentrum für ökonomische und politische Studien in Moskau (EPI-Zentr), das er seither leitet. Seit Dezember 1993 ist er Staatsduma-Abgeordneter und Vorsitzender der Jabloko-Fraktion.

**Programm** Das über 300 Seiten starke Programm vom 22. Dezember 2001<sup>103</sup> gliedert sich in die Kapitel »Aufbau des Rechtsstaats«, »Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft«, »Durchbruch in der Wirtschaftspolitik«, »Aktive Sozialpolitik«, »Strategie der nationalen Verteidigung und Sicherheit«, »Schutz der Umwelt«, »Zur zukünftigen Gesellschaft« und in ein knapp 300 Gesetze umfassendes Gesetzgebungsprogramm. Hervorzuheben sind folgende konkrete Programmpunkte:

- ▶ horizontale Abgrenzung der Kompetenzen der einzelnen staatlichen Organe;
- ▶ Präzisierung der Kompetenzen von Präsidentialadministration und Sicherheitsrat;
- ▶ keine Doppelung der Aufgaben von Regierung und Präsidentialadministration;
- ▶ vertikale Abgrenzung der Kompetenzen des Zentrums gegenüber denen der Regionen;
- ▶ reale Kontrolle der Exekutive durch die Staatsduma;
- ▶ Trennung des Business von der Macht;
- ▶ Durchführung der Bankenreform;
- ▶ aktive Industriepolitik der Regierung;
- ▶ Entbürokratisierung der Wirtschaft und Förderung des Kleinunternehmertums;
- ▶ Antimonopolpolitik und Regulierung der Tätigkeit der natürlichen Monopole (Öl, Gas, Strom);
- ▶ Privatisierung öffentlicher Dienste;
- ▶ Wiedergeburt des Dorfes;
- ▶ Stärkung der finanziellen Selbständigkeit der Regionen;
- ▶ Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung;
- ▶ Garantien für die Unabhängigkeit der Medien;
- ▶ Bildung einer Berufsarmee;
- ▶ Entwicklung des militärisch-industriellen Potentials;
- ▶ zivile Kontrolle der Sicherheitsdienste;
- ▶ Reform des außenpolitischen Mechanismus.

**Finanzierung** Die Partei- und Fraktionsarbeit finanziert zu 100% der mittlerweile inhaftierte Vorstandsvorsitzende der großen russischen Ölgesellschaft Jukos, Michail Chodorkowskij.<sup>104</sup>

**Massenmedien** Jabloko stellte im Mai 2000 die Herausgabe der Zeitung *Jabloko Rossii* [»Jabloko Rußlands«] ein. Als Ersatz gibt die Partei ein gleich-

<sup>103</sup> <<http://www.yabloko.ru>>.

<sup>104</sup> Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 25.8.2003.

namiges Informations- und Analyse-Bulletin mit einer Auflage von 35 000 Exemplaren heraus, das unter den Mitgliedern verteilt wird.<sup>105</sup>

**Parlamentsarbeit** Jabloko erreichte bei der letzten Parlamentswahl 1999 5,9% der Stimmen, einzige Hochburg war das Gebiet Tomsk in Westsibirien (über 10%). In der Staatsduma ist die Partei mit 17 Abgeordneten (3,78%) vertreten. Jabloko stellt mit dem Parteimitbegründer Wladimir Lukin einen Stellvertretenden Staatsdumavorsitzenden. Ein Jabloko-Abgeordneter leitet den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft. In der Staatsduma hat Jabloko 70 föderale Gesetze eingebracht.

Deutlich spricht sich Jabloko gegen den Tschetschenien-Krieg aus. Zur Lösung des Konflikts schlug Jawlinskij Anfang Mai 2003 die Einberufung einer Friedenskonferenz unter Vorsitz Putins auf der Grundlage der russischen Gesetze und der russischen Verfassung vor. Teilnehmen sollen alle Konfliktparteien, ausgenommen Kriegsverbrecher.<sup>106</sup>

Daneben engagiert sich Jabloko für eine vernünftige Reform der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft (WKW).<sup>107</sup> Die Partei kritisiert das WKW-Reformprogramm der Regierung, insbesondere deren Plan, WKW und die kommunale Stromversorgung durch das kürzlich vom Strommonopolisten JeES Rossii, der Gasprom-Bank und einigen Finanzholdings gegründete Großunternehmen »Russische kommunale Systeme AG« umstrukturieren zu lassen. Jabloko fordert die Demonopolisierung der WKW-Anbieter (Wärme, Wasser, Gas, Strom). Geführt werden sollten die Dienstleistungsfirmen von Managern, die für ihre Tätigkeit verantwortlich sind. Außerdem sollen diejenigen durch niedrige Tarife belohnt werden, die sich Zähler für Wärme, Strom und Wasser einbauen lassen.<sup>108</sup>

**Verhältnis zum Kreml** Jabloko war ein scharfer Kritiker des wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses Jelzins und seiner Regierung. Zweimal, im Juni und im Juli 1995, stimmte die Partei für einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Tschernomyrdin. Im Juni 2003 brachte sie zusammen mit der KPRF einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Kassjanow ein, der allerdings – wie bereits erwähnt – keine Mehrheit fand. Jawlinskij kritisiert die Regierung, nicht aber Putin,<sup>109</sup> mit dem er sich regelmäßig trifft.<sup>110</sup> Den Gesetzesvorlagen, die der Präsident einbringt, stimmt Jabloko meistens zu.<sup>111</sup>

<sup>105</sup> Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 18.8.2003.

<sup>106</sup> Moskovskie novosti [Moskauer Nachrichten], 5.3.2003.

<sup>107</sup> Vgl. dazu Roland Götz, Die Reform der öffentlichen Wirtschaft in Rußland. Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Außenhandel, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2003 (S 31/03), S. 10–13.

<sup>108</sup> Izvestija.ru, 1.7.2003; Vremja novostej [Zeit der Nachrichten], 9.4.2003. Vgl. dazu Kirils Jedorovs, Preliminary Developments in 2003 State Duma Campaign: January to July 2003, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2003 (SWP-Materialien), S. 11f.

<sup>109</sup> Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 8.9.2003.

<sup>110</sup> Auskunft einer engen persönlichen Mitarbeiterin von Jawlinskij.

<sup>111</sup> Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 25.8.2003.

**Polittechnologen** Der wichtigste Polittechnologe von Jabloko ist Leonid Newslin, ehemaliger Direktor der zur Jukos-Holding gehörenden Menatep-Bank, dann Erster Stellvertretender Generaldirektor der Nachrichtenagentur ITAR-TASS, Geschäftsführender Präsident des Russischen Jüdischen Kongresses und Rektor der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität. Zu nennen ist ferner der ehemalige Vorsitzende des Direktorenrats von Gasprom-Media und Präsident der MOST-Gruppe des ehemaligen Medienmoguls Wladimir Gussinskij, Sergej Swerew.<sup>112</sup>

**Wahlkampf** Der Stellvertretende Jabloko-Vorsitzende Sergej Mitrochin lehnte eine Unterschrift unter den oben (S. 16) erwähnten Vertrag »Wahlen 2003« seiner Partei ab mit der Begründung, es sei unklar, wer die Einhaltung dieser Vereinbarung kontrolliere.<sup>113</sup>

**Spitzenkandidaten** Auf ihrem 11. Parteitag am 6. September 2003 beschloß Jabloko die Aufstellung ihrer Spitzenkandidaten – Platz 1: Grigorij Jawlinskij, Platz 2: der Stellvertretende Jabloko- und Staatsdumavorsitzende Wladimir Lukin, Platz 3: der Stellvertretende Jabloko-Vorsitzende und Staatsduma-Abgeordnete Igor Artemjew.<sup>114</sup>

#### »Liberaldemokratische Partei Rußlands« (LDPR)

**Entstehung** Am 31. März 1990 wurde in Moskau die »Liberal-demokratische Partei der Sowjetunion« (LDPSU) gegründet. Ob der KGB eigentlicher Parteigründer war, ist nach wie vor umstritten. Zum Parteivorsitzenden wurde Wladimir Shirinowskij gewählt. Im August 1991 unterstützte die Partei offiziell die Putschisten. Nach dem Zerfall der UdSSR annullierte das russische Justizministerium die Registrierung der Partei wegen Verletzung von Gesetzen und gefälschter Mitgliederzahlen. Im Dezember 1992 wurde die Partei unter dem Namen »Liberal-demokratische Partei Rußlands« (LDPR) neu registriert.

**Organisation** Die Partei hatte im Juni 2003 35 000 Mitglieder in 87 Föderationssubjekten.<sup>115</sup> Ihre Hochburgen, in denen die Partei bei der letzten Staatsdumawahl 1999 mehr als 10% der Stimmen gewonnen hat, liegen in den Grenzregionen des Fernen Ostens, wie Primorje, Amur, Kamtschatka, Sachalin, Magadan und Tschita, sowie im europäischen Teil in den Autonomen Bezirken der Nenzen und der Komi-Permjaken und im Gebiet Murmansk.<sup>116</sup> Die Partei hat sich auch eine Jugendorganisation namens »Falken Shirinowskijs« geschaffen, in der die Mitglieder eine Selbstverteidigungsausbildung erhalten.

<sup>112</sup> NovajaGazeta.Ru, 7.8.2003.

<sup>113</sup> Polittbjuro, 25.8.2003.

<sup>114</sup> RFE/RL Newslines, 7 (8.9.2003) 170, Part I.

<sup>115</sup> Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 14.7.2003.

<sup>116</sup> Ebd.

**Statut** Nach dem neuen LDPR-Statut, das auf dem VIII. Parteitag am 25. April 1998<sup>117</sup> verabschiedet wurde, ist der Parteitag das oberste Organ, ohne daß festgelegt ist, in welchen Abständen er zusammentreten soll. Zwischen den Parteitagungen gehen die Vollmachten auf den Parteivorsitzenden über, der vom Parteitag für sechs Jahre gewählt wird.

1994 bestätigte der LDPR-Parteitag ohne vorherige Aussprache in weniger als einer Minute einstimmig mittels Handaufhebung Shirinowskij als Parteichef für zehn Jahre; sein Mandat endet am 2. April 2004. Zugleich erhielt er das Recht, persönlich die Mitglieder der höchsten zentralen und regionalen Führungsgremien zu ernennen und abzulösen. Mit diesen Beschlüssen setzte sich der Parteitag über das bis dahin geltende LDPR-Statut hinweg,<sup>118</sup> das lediglich eine dreijährige Amtszeit des Parteivorsitzenden vorsah. Bis dahin mußten auch die übrigen Führungsmitglieder der Partei laut Statut vom Parteitag gewählt werden, darunter die beiden Stellvertreter des Parteivorsitzenden und die Mitglieder des Obersten Rates.

**Vorsitz** Wladimir Wolfowitsch Shirinowskij wurde 1946 in Alma-Ata geboren. Er studierte von 1964 bis 1970 Turkologie am Institut für orientalische Sprachen – 1972 in Institut für die Länder Asiens und Afrikas umbenannt – der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität (MGU) und schloß sein Studium mit Auszeichnung ab. Gleichzeitig studierte er von 1965 bis 1967 an der Fakultät für internationale Beziehungen der Hochschule für Marxismus-Leninismus. Von 1972 bis 1977 absolvierte Shirinowskij auch noch ein juristisches Fernstudium an der Juristischen Fakultät der MGU. Im Frühjahr 1998 wurde Shirinowskij von der Philosophischen Fakultät der MGU promoviert, auf der Grundlage seiner politischen Propagandaschriften, die er nicht einmal alle selbst verfaßt hatte.

Von 1970 bis 1972 diente Shirinowskij im Stab der Politoffiziere des Militärbezirks Transkaukasien in Tbilissi. Parallel zu seinem juristischen Fernstudium war er von 1973 bis 1975 in der Westeuropa-Abteilung des vom KGB gesteuerten »Sowjetischen Komitees für den Schutz des Friedens« tätig. Nach einem kurzen Gastspiel als Mitarbeiter im Dekanat der Gewerkschaftshochschule gehörte Shirinowskij von 1975 bis 1983 dem Kollegium – eine Art Beratungsgremium – des Justizministeriums an. Von 1983 bis 1990 leitete er schließlich die Rechtsabteilung des Verlags »Mir«.

**Programm** Anders als ihr Name suggeriert, ist die LDPR nicht im liberalen, sondern im nationalistischen Lager anzusiedeln. In ihrem Programm vom 13. Dezember 2001<sup>119</sup> fordert die Partei Verfassungsänderungen im Sinne folgender Grundsätze:

117 <<http://www.ldpr.ru>>.

118 Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii. Ustav [Liberal-demokratische Partei Rußlands. Statut], Moskau o.J.

119 Homepage: <<http://www.ldpr.ru>>.

- ▶ Rußland ist ein unitaristischer Staat;
- ▶ Rußland ist eine Präsidialrepublik mit einem 300 Abgeordnete zählenden Einkammerparlament;
- ▶ der Föderationsrat als Oberhaus, in dem die Föderationssubjekte vertreten sind, wird abgeschafft;
- ▶ das Parlament wählt den Regierungschef aus den Reihen der stärksten Fraktion;
- ▶ die Gouverneure werden vom Präsidenten ernannt (und nicht mehr gewählt);
- ▶ die Optionen der Parlamentsauflösung, der Entlassung der Regierung und des Impeachments gegen den Präsidenten werden abgeschafft.

Die LDPR ist für eine Vereinigung Rußlands mit Belarus, der Ukraine und den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken. Rußland muß nach ihrer Vorstellung wieder eine Supermacht werden. Es soll seine Beziehungen zum Irak, zu Libyen, zum Sudan, zu Kuba und zu Nordkorea verbessern. Die engen Beziehungen zum Iran und zu Indien als natürlichem Verbündeten und Partner Rußlands sind zu vertiefen. Die Beziehungen zur OSZE, zur NATO, zum Europäischen Parlament, zum Europarat und zu »Strukturen, die sich in die Angelegenheiten Rußlands einmischen können und die gegen die nationalen Interessen Rußlands wirken«, sind zu lockern. Obwohl die USA ein Interesse an der Schwächung Rußlands hätten, sei es für Rußland unerlässlich, mit den USA auf bestimmten Gebieten zusammenzuarbeiten, vor allem in den Bereichen internationale Sicherheit und Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Die LDPR ist gegen einen »wilden Markt«. Der Staat soll die ökonomischen Prozesse stärker lenken und kontrollieren, als er das bisher getan hat. Die LDPR votiert für die Erhaltung der verschiedenen Eigentumsformen mit unterschiedlichen Rechten und Möglichkeiten. Die Partei will das organisierte Verbrechen liquidieren und die Schattenwirtschaft legalisieren.

**Finanzierung** Die LDPR finanziert sich zum einen aus dem Verkauf von Kandidatenplätzen auf ihrer Wahlliste; nach Einschätzung von Experten kostet ein Platz 1 Mio. US-Dollar. Abgeordnetenmandate sind vor allem deshalb sehr gefragt, weil sie dem Inhaber Immunität garantieren. Zweite Finanzquelle der LDPR ist die Administration des Präsidenten, die nicht geringe Einzelsummen zahlt, wenn die Partei einem bestimmten Gesetzgebungsprojekt zustimmt oder wenn ganze »Paket-Vereinbarungen« zustande kommen. Die dritte Finanzquelle sind Zahlungen von Lobbyisten, die sich auf diese Weise die Zustimmung zu bestimmten Gesetzesprojekten erkaufen.<sup>120</sup>

120 Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 14.7.2003.

**Massenmedien** Die LDPR gibt die gleichnamige Zeitung *LDPR* mit einer Auflage – nach eigenen Angaben – von zehn Millionen Exemplaren heraus.<sup>121</sup>

**Parlamentsarbeit** Wie Tabelle 4 (S. 37) zeigt, hat sich der Stimmenanteil der LDPR von Wahl zu Wahl jeweils halbiert: bei der Staatsdumawahl von 22,8% (1993) über 11,2% (1995) auf 6,0% (1999), bei der Präsidentenwahl von 7,8% (1991, noch nach der alten Verfassung mit weniger Kompetenzen für den Präsidenten) über 5,7% (1. Wahlgang 1996, nach der neuen Verfassung mit mehr Kompetenzen für den Präsidenten) auf 2,7% (2000).

Die LDPR hat 13 Abgeordnete (2,89%) in der Staatsduma und stellt mit Shirinowskij einen Stellvertretenden Vorsitzenden der Parlamentskammer. Zusätzlich wurde der Partei die Leitung des Staatsduma-Ausschusses für Informationspolitik übertragen.

Von allen Politikern unterstützt Shirinowskij am stärksten und nachhaltigsten die russische Militärintervention in Tschetschenien und lehnt eine Verhandlungslösung ab. Zum ersten Tschetschnien-Krieg bemerkte er: »Wäre ich Befehlshaber, würde an der Stelle Grosnys jetzt ein großer Bombentrichter klaffen – keine Hunde, keine Leichen, nur ein Trichter.«<sup>122</sup>

In wichtigen Fragen stimmte die LDPR-Fraktion in der Staatsduma – trotz aller Kritik am sozialen und ökonomischen Kurs der Regierung – fast immer im Sinne des Präsidenten ab. Bei der Präsidentenwahl 1996 rief Shirinowskij seine Wähler ausdrücklich dazu auf, im zweiten Wahlgang für Jelzin zu votieren.

Die Fraktion stimmt Regierungsvorlagen, die für die Partei nicht vorteilhaft sind, dann zu, wenn sie genau weiß, daß diese Zustimmung keine Folgen für sie hat. Auf der anderen Seite unterstützte die Fraktion das Mißtrauensvotum der KPRF und von Jabloko gegen die Regierung im klaren Wissen, daß ihre zusätzlichen 13 Stimmen für einen Erfolg des Votums nicht ausreichen würden. Die LDPR-Fraktion hat den Kreml niemals im Stich gelassen, wenn die Stimmen der Abstimmungscoalition allein nicht ausreichten.<sup>123</sup>

**Verhältnis zum Kreml** Die LDPR erfüllt für den Kreml eine wichtige sozialisierende Funktion: Sie zieht die Stimmen der Radikalen auf sich und verhindert auf diese Weise, daß die Radikalen sich zu politisch einflußreichen extremistischen Organisationen zusammenschließen. Das Verhältnis LDPR-Kreml kann als Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil bezeichnet werden. Die Partei kritisiert Präsident und Regierung, ohne sich selbst als oppositionell zu bezeichnen.<sup>124</sup>

**Polittechnologien** Für die LDPR arbeitet Jelena Sorokina mit ihrer Agentur, die seit 1995 acht zentrale und regionale Wahlkampagnen in Ruß-

<sup>121</sup> Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 18.8.2003.

<sup>122</sup> Gespräch, in: Der Spiegel, (1995) 3, S. 115.

<sup>123</sup> Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 14.7.2003.

<sup>124</sup> Ebd.

land, der Ukraine und Moldowa beratend begleitet hat.<sup>125</sup> Eigentlicher Politologe der LDPR ist jedoch ihr Vorsitzender Wladimir Shirinowskij.

**Wahlkampf** In den Wahlkampf zieht die Partei mit dem Slogan »Für die Armen, für die Russen«. In ihrer Wahlprogramm vertritt die LDPR folgende elf Thesen:<sup>126</sup>

- ▶ Fusion der Föderationssubjekte zu 15 bis 20 Gouvernements jeweils mit einer Bevölkerung von 7 bis 10 Mio. Menschen; Aufteilung einzig allein nach geographischen Kriterien, ohne Rücksichtnahme auf die nach nationalen Minderheiten eingeteilten Republiken;
- ▶ Ernennung statt Wahl der Gouverneure;
- ▶ Kürzung der staatlichen Subventionierung von Nahrungsmitteln und anderen Waren sowie Entwicklung des Binnenmarkts;
- ▶ Nationalisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Erdölsektors;
- ▶ Einrichtung eines Staatsmonopols für die Produktion von Alkohol, Tabak und Zucker;
- ▶ Stärkung der Gesundheit und der Sicherheit der Bürger;
- ▶ Verbesserung der sozialen Garantien;
- ▶ Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung der Spannungen im Kaukasus;
- ▶ Staatliche Garantie für die Bankeinlagen der Bürger;
- ▶ Verstärkte staatliche Unterstützung von Wissenschaft, Kultur, Bildung und Sport;
- ▶ Schaffung einer starken Armee, eines mächtigen FSB und eines zuverlässigen Innenministeriums, dem die Polizei untersteht, sowie Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes.

**Spitzenkandidaten** Die LDPR stellte auf ihrem 14. Parteitag am 8. September 2003 folgende Spitzenkandidaten auf – Platz 1: Shirinowskij, Platz 2: Shirinowskij's Pressesprecher Aleksej Ostrowskij, Platz 3: Shirinowskij's Sohn Igor Lebedew, der im Falle der Abwesenheit seines Vaters die LDPR-Fraktion leitet.<sup>127</sup> Der ursprünglich vorgesehene FSB-Oberst a.D. Pawel Tschernow war von der Zentralen Wahlkommission ohne Begründung nicht registriert worden.

## Bewertung

Von einem Parteiensystem im westlichen Sinne kann in Rußland noch nicht gesprochen werden. Die einzige Partei, die diesen Namen nach westlichen Maßstäben verdient, ist die KPRF, jedenfalls wenn auf Organisation und Verbreitung und nicht auf die politischen Inhalte geschaut wird. Ihr Kontrahent ER ist eine von der Präsidialadministration konzipierte neue

<sup>125</sup> NovayaGazeta.Ru, 7.8.2003.

<sup>126</sup> Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 14.7.2003. Moskauer Datenbank »Labi-rint«, die von »Panorama« herausgegeben wird.

<sup>127</sup> Politbjuro, 29.9.2003.



»Partei der Macht«, deren Mitgliedschaft mit Masse aus Karrieristen und Opportunisten ohne echte politische Überzeugungen besteht. Indem die Administration während des Wahlkampfs massiv Ressourcen einsetzt und die Wahlvorschriften zugunsten von ER auslegt, läßt sie erkennen, daß sie ER mit allen Mitteln zu einem guten Ergebnis verhelfen will, das deutlich über den letzten Wahlresultaten liegen sollte: Bei der letzten Staatsdumawahl von 1999 erreichte »Bär«/»Einheit« 23,3% und bei der Wahl von 1995 die damalige »Partei der Macht« des ehemaligen Regierungschefs Wiktor Tschernomyrdin »Unser Haus Rußland« 10,2%. Die übrigen drei kleineren Parteien tun sich zum Teil schwer, überhaupt wieder in die Staatsduma zu kommen. Sie spielen als eigene politische Kräfte in der Duma keine Rolle, sondern haben nur die Funktion von Mehrheitsbeschaffern.

In Rußland existiert keine wirkliche, von einem ansehnlichen Teil der Bevölkerung getragene politische Gegenkraft zur KPRF. Das liegt zum einen am Parteienverständnis der Jelzin- und nun der Putin-Ära. Die Organisationsform »Partei« wurde als etwas nicht Seriöses angesehen. Deshalb wollte Jelzin auch immer über den Parteien stehen und ein unpolitisches Kabinett von Technokraten anführen. Da wegen des fehlenden Parteiensystems keine von Parlamentsfraktionen getragene Regierung gebildet werden konnte, gab Jelzin in der inzwischen seit fast zehn Jahren geltenden neuen Verfassung dem Präsidenten eine starke, mit exekutiven Vollmachten ausgestattete Position. Das hat die Herausbildung eines echten Parteiensystems nicht gerade begünstigt. Zum anderen empfinden die Menschen nach 70 Jahren KPdSU-Herrschaft noch immer einen gewissen Überdruß, wenn sie das Wort »Partei« hören. Und schließlich verlangt der tägliche Kampf ums physische Überleben vielen ihre ganze Kraft ab.

Nach dem partei-soziologischen *cleavages*-Modell von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan<sup>128</sup> entstehen in einer Gesellschaft politische Parteien an institutionalisierten und in der Sozialstruktur verankerten politisch wirksamen Konfliktlinien. Lipset und Rokkan fanden bei der Analyse der westeuropäischen Staatsbildungs- und Demokratisierungsprozesse folgende vier zentrale Konfliktfelder: Zentrum versus Peripherie und Staat versus Kirche sowie als Folge der industriellen Revolution ländlich-agrarische versus städtisch-handwerkliche Interessen und Kapital versus Arbeit. Zur Herausbildung von *cleavages*, also dauerhaft institutionalisierten Konfliktlinien, kommt es, »wenn politische Eliten entsprechende gesellschaftliche oder soziale Konflikte aufgreifen und in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen des politischen Systems parteipolitisch umsetzen«.<sup>129</sup>

Der ab 1989 bestehende Hauptkonflikt zwischen den Kommunisten und den Antikommunisten hat inzwischen politisch an Bedeutung verloren. Die Ablehnung des Kommunismus steht nicht mehr im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen. Mit Ausnahme der KPRF lehnen heute alle übrigen Parlamentsparteien den Kommunismus ab. Die KPRF wird

<sup>128</sup> Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1997.

<sup>129</sup> Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hg.), *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme*, Wiesbaden 2001, S. 12.

demnach politisch bedeutungslos werden, wenn sie an dieser Konfliktlinie stehenbleibt.

Die wichtigste Interessenkonfliktlinie ist zur Zeit der Gegensatz Pro-Putin versus Anti-Putin, parteipolitisch ausgedrückt der Gegensatz von ER und KPRF. Nach dem Ausscheiden Putins aus der Politik im Jahr 2008 wird aber auch diese Konfliktlinie keine Bedeutung mehr haben. Und die Parteien, die diese Interessenkonfliktlinie repräsentieren, werden ebenfalls politisches Gewicht einbüßen, wenn sie sich keiner anderen sozialen und gesellschaftlichen Konflikte annehmen. Neue Konfliktlinien könnten sein: marktwirtschaftliche Reformen versus staatsdominierte Transformationsstrategie, mittelstandsstärkende versus oligarchenfreundliche Wirtschaftspolitik, nationale Interessenpolitik versus Politik des Ausverkaufs an den Westen. Diejenigen Parteien, die diese Konfliktlinien besetzen, können sich mittelfristig ein gewisses Wählerpotential sichern. Zur Zeit aber sind noch keine Parteien in Sicht, die sich entsprechend neu orientieren.

Auf der Mesoebene fehlt ein wirkliches Parteiensystem, das die unterschiedlichen politischen Interessen dauerhaft bündeln, ihnen zur Artikulation verhelfen und so zwischen Gesellschaft und Staat vermitteln könnte. Auf der zentralen Ebene ist die politische Transformation weitgehend vollzogen, aber sie ruht auf einem unzureichenden Unterbau. Der Bestand des Transformationsgebäudes ist folglich noch nicht gesichert.

## Prognose

Eine Befragung von 50 Experten (Politologen, Journalisten, politischen Funktionären und Amtsträgern) ergab das in Tabelle 5 wiedergegebene Bild von Zustand und Ausgangsbedingungen der in der Staatsduma vertretenen Parteien für den anstehenden Wahlkampf.

**Tabelle 5**  
**Parteienanatomie nach Wahlkampfqualitäten**  
**(Bewertungsskala von 1 bis 10, [Rangstufe in Klammern])**

<i>Wahlkampfqualitäten</i>	<i>ER</i>	<i>Jabloko</i>	<i>KPRF</i>	<i>LDPR</i>	<i>URK</i>
Regionale Struktur	6,58 [2]	3,82 [5]	7,66 [1]	4,60 [3]	3,82 [5]
Administrative Ressourcen	9,16 [1]	3,72 [4]	3,50 [5]	4,40 [2]	3,16 [6]
Programmpopularität	3,74 [4]	4,02 [2]	5,58 [1]	2,08 [7]	3,82 [3]
Finanzielle Ressourcen	9,28 [1]	5,36 [3]	3,42 [6]	4,84 [4]	5,82 [2]
Charisma des Parteiführers	3,68 [5]	5,12 [2]	4,38 [4]	6,86 [1]	4,42 [3]
PR-Qualität	4,82 [1]	3,00 [5]	2,10 [6]	4,42 [2]	4,12 [3]
Wählerbekanntheit	6,88 [3]	6,32 [4]	8,58 [1]	7,48 [2]	5,04 [5]
Unterstützung durch Massenmedien	8,80 [1]	4,90 [5]	4,52 [6]	5,12 [3]	5,48 [2]
Unterstützung durch Wähler	6,38 [2]	4,00 [4]	7,42 [1]	4,04 [3]	3,44 [5]

Quelle: Zusammengestellt aufgrund der Angaben in: Versija [Version], 2.6.2003. Es wurden nur jene Parteien ausgewiesen, die mit mindestens 5% der Stimmen rechnen können. Die ursprüngliche Untersuchung umfaßte weitere Parteien.

Die Tabelle läßt klar die Stärken der einzelnen Parteien erkennen. ER rangiert viermal auf Platz 1 bei den wichtigen Wahlkampfqualitäten »administrative Ressourcen«, »finanzielle Ressourcen«, »Unterstützung durch die Massenmedien« und »PR-Qualität«, bei den ersten drei sogar mit Werten über 9. Was ihre regionale Struktur und die Unterstützung durch die Wähler anbetrifft, liegt sie auf Platz 2. Lediglich bei der Wählerbekanntheit, der Programmpopularität und dem Charisma ihres Parteiführers Gryslow belegt die Partei die niedrigeren Plätze 3 bis 5.

Wie sich die Unterstützung durch administrative Ressourcen auswirken kann, zeigt der bekannt gewordene Maßnahmenplan, den der Föderale Bezirk Süd (Rostow am Don) mit den regionalen Führungsorganen von ER vereinbart hat.<sup>130</sup> Er sieht für den Zeitraum von März 2003 bis Januar 2004 13 Maßnahmen vor. Dazu gehören unter anderem die regelmäßige Teilnahme der Föderalen Oberinspektoren des Föderalen Bezirks Süd an allen regionalen Konferenzen der Partei, die regelmäßige Veröffentlichung von Parteimaterialien in den Printorganen des Präsidentenvertreters sowie die einvernehmliche Auswahl der Direktkandidaten für die Staatsdumawahl.

Die KPRF gleicht das Plus von »Einiges Rußland«, wenn auch nicht mit ganz so hohen Werten, mit Spitzenplätzen bei den Qualitäten »regionale Struktur«, »Programmpopularität«, »Wählerbekanntheit« und »Unterstützung durch die Wähler« aus. Ihr fehlt es aber an administrativen und finanziellen Ressourcen ebenso wie an der Unterstützung durch die Massenmedien und an PR.

Die beiden liberalen Rivalen Jabloko und »Union der rechten Kräfte« liegen in etwa gleich auf. Die Union wird allerdings etwas mehr von den Massenmedien unterstützt. Die nationalistische LDPR profitiert vom Charisma ihres Führers, ihrer Bekanntheit beim Wähler und der Qualität ihrer PR-Arbeit.

Diese aufgezeigten Unterschiede und Qualitäten wirken sich natürlich aus. Zwei angesehenen russische Meinungsforschungsinstitute haben für die Staatsdumawahl jeweils Prognosen aufgestellt, die in Tabelle 6 wiedergegeben sind.

**Tabelle 6**  
**Wahlprognosen (in %)**

Partei	VCIOM-A <sup>a</sup>	FOM <sup>b</sup>
ER	26	21
KPRF	26	16
Jabloko	5	4
LDPR	5	6
Union rechter Kräfte	4	4
Unentschieden	20	23

**a** Kommersant-Vlast' [Geschäftsmann-Macht], 27.10.2003. VCIOM-A befragte vom 10. bis 13.10.2003 1600 Personen in 40 Föderationssubjekten. Die Fehlerquote beträgt 3,4%.

**b** <<http://www.fom.ru>>. Die Stiftung »Öffentliche Meinung« (russ. abgekürzt FOM = Fond obščestvennogo mnenija) befragte am 1. und 2.11.2003 2000 Personen aus 200 Ortschaften in 63 Föderationssubjekten.

Beide Institute kommen zu nahezu identischen Ergebnissen. ER und KPRF liefern sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Da 20 bis 23% der Wähler noch unentschieden sind, kann das Wahlergebnis also durchaus anders ausfallen, als die Prognosen erwarten lassen.

<sup>130</sup> Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], 27.5.2003.

Für Putin ist es aus Prestige Gründen erstens wichtig, daß ER die Wahl gewinnt, und sei ihr Vorsprung vor der KPRF auch noch so gering. Auf jeden Fall dürfte ER die größte Fraktion stellen, da sich ihr diejenigen direkt gewählten Abgeordneten anschließen werden, die sie aufgestellt und im Wahlkampf unterstützt hat.

Zweitens stellt sich die politisch wichtige Frage, ob ER mit einigen Gruppen unabhängig gewählter Direktkandidaten wieder eine Abstimmungsgemeinschaft bilden kann wie in der gegenwärtigen Staatsduma mit den Gruppen »Volksdeputierte« und »Regionen Rußlands«, um auf diese Weise ein Abstimmungspotential von mehr als 50% zu kumulieren.

Allerdings dürfte es drittens unwahrscheinlich sein, daß ER und die ihr nahestehenden direkt gewählten Abgeordneten so gut abschneiden, daß die Abstimmungscoalition in der neuen Staatsduma eine Zwei-Drittel-Mehrheit zustande bringen wird. Eine solche Mehrheit wäre zur Änderung der Verfassung in den nicht besonders geschützten Kapiteln (Grundlagen der Verfassungsordnung, Grundrechte und -freiheiten, Verfassungsänderung) erforderlich. Einer grundlegenden Revision müßten drei Viertel der Föderationsratsmitglieder und zwei Drittel der Gesetzgebungsorgane der Regionen zustimmen – ein Quorum, das nicht so leicht zu erreichen sein dürfte.

ER war von vornherein nur als Wahlverein konzipiert, der – wenn die Prognosen zutreffen – erfolgreicher sein könnte, als es 1995 die damalige »Partei der Macht« »Unser Haus Rußland« unter dem damaligen Premier Wiktor Tschernomyrdin war. Nicht auszuschließen ist, daß man nach der Wahl aus ER eine wirkliche Partei macht, mit überzeugendem Programm und neuer Führung und im Hinblick auf 2008 unter einem Parteiführer Putin. In dieser Funktion bliebe Putin, der 2008 kein drittes Mal als Präsident kandidieren darf, in der Politik – vielleicht dann auch als Regierungschef. 2012 könnte er dann erneut als Präsident antreten.

## Anhang

Tabelle 7

Zur Staatsdumawahl zugelassene Föderale Wahllisten der Parteien und Wahlblöcke  
(in der Reihenfolge ihrer Registrierung)

Nr. Parteiename	Vorsitzender
1 Jabloko	Grigorij Javlinskij
2 Union rechter Kräfte (Sojuz pravych sil)	Boris Nemcov
3 Kommunistische Partei der Russischen Föderation (Kommunističeskaja partija Rossijskoj Federacii)	Gennadij Zjuganov
4 Wahlblock »Neuer Kurs – Automobiles Rußland«	
5 Volkspartei der Russischen Föderation (Narodnaja partija Rossijskoj Federacii)	
6 Einiges Rußland (Edinaja Rossija)	Boris Gryslov
7 Wahlblock »Großrußland – Eurasische Union« (Velikaja Rossija – Evrazijskij Sojuz)	
8 Rus'	Igor' Titov
9 Agrarpartei Rußlands (Agrarnaja partija Rossii)	Michail Lapšin
10 Wahlblock »Heimat (Volkspatriotische Union)« (Rodina [- Narodno-patriotičeskij sojuz])	
11 Entwicklung des Unternehmertums (Razvitie predprinimatel'stva)	Ivan Gračev
12 Wahlblock »Partei der Wiedergeburt Rußlands – Russische Partei des Lebens« (Partija Vozroždenija Rossii – Rossijskaja partija žizni)	
13 Liberaldemokratische Partei Rußlands (Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii)	Vladimir Žirinovskij
14 Einigkeit (Edinenie)	Konstantin Petrov
15 Partei des Friedens und der Einheit (Partija Mira i Edinstva [PME])	
16 Wahlblock »Russische Rentnerpartei und Partei der sozialen Gerechtigkeit« (Rossijskaja partija pensionerov i Partija social'noj spravedlimosti)	
17 Russische konstitutionell-demokratische Partei (Rossijskaja konstitucionno-demokratičeskaja partija)	Vjačeslav Volkov
18 Grüne (Zelenye)	Anatolij Panfilov
19 Volksrepublikanische Partei Rußlands (Narodno-respublikanskaja partija Rossii)	Vladimir Kušnerenko
20 Demokratische Partei Rußlands (Demokratičeskaja partija Rossii)	Michail Prusak
21 Für die heilige Rus (Za Rus' svjatuju)	Sergej Popov
22 Wahre Patrioten Rußlands (Istinnye patrioty Rossii)	Zaur Radžabov
23 Partei Elefant (Partija Slon)	

Quelle: Homepage der Zentralen Wahlkommission: <<http://www.fci.ru>>.

## Abkürzungsverzeichnis

ER	Edinaja Rossija (Einiges Rußland)
FOM	Fond obščestvennogo mnenija (Stiftung Öffentliche Meinung)
FSB	Federal'naja Služba Bezopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
KGB	Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPRF	Kommunističeskaja partija Rossijskoj Federacii (Kommunistische Partei der Russischen Föderation)
LDPR	Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii (Liberaldemokratische Partei Rußlands)
LDPSU	Liberal'no-demokratičeskaja partija Sovetskogo Sojuza (Liberal-demokratische Partei der Sowjetunion)
MGU	Moskovskij Gosudarstvennyj Universitet imeni M. W. Lomonosova (Moskauer Staatliche Lomonossow-Universität)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RFE	Radio Free Europe
RKRP-RPK	Russische kommunistische Arbeiterpartei – Russische Partei der Kommunisten (Rossijskaja kommunističeskaja rabočaja partija – Rossijskaja partija kommunistov)
RL	Radio Liberty
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik)
START	Strategic Arms Reduction Talks
URK	Union rechter Kräfte (Sojuz pravych sil; SPS)
VCIOM-A	Vserossijskij Centr izučenija obščestvennogo mnenija-A (Allrussisches Meinungsforschungszentrum)
VGR	Vaterland – Ganz Rußland (Otečestvo vsja Rossija)
WKW	Wohnungs- und Kommunalwirtschaft
WTO	World Trade Organization
ZK	Zentralkomitee